

Verlogenes, Böses und Verschüttetes in der deutschen Politik - gestern und heute

von
Tristan Abromeit

August 2002

Teil I

Thesen zur politischen Vergangenheit und Gegenwart

	<u>Seite</u>
<u>Einleitung</u>	2
<u>Mein Verständnis von Thesen</u>	12
<u>Erste These</u> - Gerechtigkeit als Fundament unserer Urteile	12
<u>Zweite These</u> - Vergleiche als Voraussetzung des Verstehens	13
<u>Dritte These</u> - über Transformation der Schuld in den Status einer Religion	13
<u>Vierte These</u> - von der gerechten Bewertung von Tatbeständen und Schuld	14
<u>Fünfte These</u> - isolierte Darstellungen machen die Wahrheit unannehmbar	14
<u>Sechste These</u> - durch Geschichtsrevision die Schuld hinter der Schuld entdecken	15
<u>Siebte These</u> - über die Gleichheit der Menschen auch in der Schuld und dem Leid	15
<u>Achte These</u> - Warum wurde Hitler als Quasi-Erlöser begrüßt?	15
<u>Neunte These</u> - ökon. Motive für den Antisemitismus sind zu gering gewichtet worden ...	16
<u>Zehnte These</u> - unterschiedliches Bedrohungsempfinden	17
<u>Elfte These</u> - Zur Rolle der Staats-Sozialisten allgemein	17
<u>Zwölfte These</u> - Zur Rolle der SPD zwischen den Weltkriegen im besonderen	19
<u>Dreizehnte These</u> - Warum scheiterte die deutsche Demokratie und andere nicht?	20
<u>Vierzehnte These</u> - Die SPD auf neuen Wegen	20
<u>Fünfzehnte These</u> - Die CDU und die Marktwirtschaft	21
<u>Sechzehnte These</u> - Die Grünen, der gescheiterte Versuch, ein Dilemma zu vermeiden ...	22
<u>Siebenzehnte These</u> Die FDP, die Partei, die sich selbst überschätzt	23
<u>Achtzehnte These</u> - Die Wirtschaftswissenschaft ist keine Wissenschaft	24
<u>Neunzehnte These</u> - Die Juden und Teilaspekte des Holocaust	25
<u>Zwanzigste –These</u> - Die Juden und die Aufklärung	27
<u>Einundzwanzigste These</u> - Die Deutschen, die Israelis und Palästinenser	29
<u>Zweiundzwanzigste These</u> - Das NPD-Verbot	30
<u>Dreiundzwanzigste These</u> - Der Verfassungsbruch der Verfassungsorgane	31
<u>Vierundzwanzigste These</u> - Europa ebenfalls auf demokratischem Abweg	32
<u>Fünfundzwanzigste These</u> - Anmerkungen zur Verfassungsfindung	32
<u>Sechsendzwanzigste These</u> - Anmerkungen zur Gestaltung der Verfassung	33
<u>Schlußbemerkung zum Teil I</u>	37

Einleitung

Wenn ich mich mit der Lüge und dem Bösen in der Politik unserer Tage befasse, dann deshalb, weil ich noch einen kleinen Funken Hoffnung habe, dem Wahren und Guten den Weg in das bessere Morgen ein bißchen zu erleichtern. Es geht hier nicht darum, Menschen oder Gruppen in die Finsternis einer Mördergrube zu stoßen und sich selber als Schreiber oder Leser in das Licht der Sonne mit dem Hintergrund einer grünen Wiese unter einem blauen Himmel zu stellen.

Mir kam diese Tage ein Büchlein mit dem Titel „Leib-seelische Ganzheit“ von Hanns Lilje (1961) in die Hände. Dort ist unter anderem zu lesen: „Die Frage nach der leib-seelischen Ganzheit ist deshalb auch ein polemisches Thema. Das ist das Reizvolle an dieser Auseinandersetzung. Es muß hier sehr deutlich der Gegensatz proklamiert werden gegen eine ganz und gar ungute und unzulässige Vereinseitigung der medizinischen Aufgabe. Es muß deutlich gemacht werden, daß es schlechthin unzulänglich und ein Verstoß gegen jede Form von Anthropologie ist, wenn man das Leibliche und das Seelische prinzipiell und nicht nur methodisch auseinanderzuhalten versucht.“ Und an anderer Stelle: „Was bedeutet diese Erkenntnis nun in ärztlicher Sicht? 'Leib-seelische Ganzheit in ärztlicher Sicht' ist ein polemisches Thema. 'Polemisch kommt von *polemos*, dem griechischen Wort für 'Krieg'. Es muß der Krieg erklärt werden jener einseitig naturalistischen Denkweise in der Medizin, die den Kranken erniedrigt, in dem sie ihn in biologische Einzelsachverhalte aufzulösen trachtet und das Ganze seiner Person übersieht.“ ... Mir kam dazu in den Sinn, daß in Analogie dazu auch das Gute und Böse, die Wahrheit und die Lüge im jeweiligen Träger, sei es ein Einzelmensch, eine Gruppe oder eine Gesellschaft, eine Ganzheit bildet. Das es nicht statthaft ist, das Wahre und Gute für sich, für die eigene Gruppe, Gesellschaft und eigene Generation zu reklamieren und die Lüge und das Böse auf andere zu übertragen. Viel zu sehr und zu leicht übergehen wir die Lüge und das Böse in uns in unserer Zeit. Eine solche Feststellung macht es einem nicht leicht, sich zur gegenwärtigen Politik zu äußern, denn es kann ja das nicht erkannte Böse in einem selbst sein, daß die Feder führt.

Es kommt noch etwas anderes hinzu: In einer Gegenwartswelt, in der das Politische anscheinend nur noch auf (selbstverursachte) Gewaltausbrüche (mit Gegengewalt) reagieren kann, verliert man das Vertrauen in die Frieden stiftende und problemlösende Wirkung des

gesprochenen und geschriebenen Wortes. In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 18. 7. 2002 las ich dazu den Brief von Lord Chandos an Francis Bacon, der im Sommer 1902 von Hugo von Hofmannsthal verfaßt sein soll. Die Ausgangssituation von Lord Chandos war so: „Mir erschien damals in einer Art von andauernder Trunkenheit das ganze Dasein als eine große Einheit: ...“ und am Ende ist sein Fall in Kürze dieser: „Es ist mir völlig die Fähigkeit abhanden gekommen, über irgend etwas zusammenhängend zu denken und zu sprechen.“ Und in einem vorangestellten Artikel von Hubert Spiegel heißt es u.a.:

„Naturgemäß hätte der Chandos-Brief nie die enorme Bedeutung erlangen können, die ihm von der Literaturgeschichte zugesprochen wird, wenn sich in ihm nur die individuelle Entwicklungskrise eines jungen Dichters ausgedrückt hätte. Hofmannsthal verhalf einem Epochengefühl zum Ausdruck, das noch immer andauert. Das inhaltsleere Gerede, einer kulissenhaften Öffentlichkeit, der zerfahrene, konzentrationschwache Geisteszustand, den wir als Signum unserer Epoche betrachten, das unbehagliche Gefühl, die Welt verflüchtige sich vor unseren Augen und ließe uns mit Worten zurück, die keine Bedeutung mehr haben - all dies hat Hofmannsthal bereits vor hundert Jahren heraufziehen sehen. Bei seiner Diagnose bediente er sich einer Sprache, die noch frei war von den Symptomen der Krankheit, die sie formulierte.“

Und weiter: „Die Worte entziehen sich ihm, wie ein einstmals guter Freund, der allmählich auf Distanz geht, die Anfechtung breitet sich aus, wie 'um sich fressender Rost'. Die Religion vermag keinen Trost zu spenden, und auch die Nabelschnur der Tradition ist gerissen. Dieser Riss führt zur existentiellen Krise. Zunächst verliert Chandos sein Urteilsvermögen, denn, so die am häufigsten zitierte Stelle des Briefs: 'die abstrakten Worte, deren sich doch die Zunge naturgemäß bedienen muß, um irgendwelches Urteil an den Tag zu geben, zerfielen mir im Munde wie modrige Pilze.' Später verläßt ihn auch der 'vereinfachende Blick der Gewohnheit', wenn er die Personen und Geschehnisse des alltäglichen Lebens ins Auge fassen will: 'Es zerfiel mir alles in Teile, die Teile wieder in Teile, und nichts mehr ließ sich mit einem Begriff umspannen. Die einzelnen Worte schwammen um mich; sie gerannen zu Augen, die mich anstarrten und in die ich wider hineinstarren muß: Wirbel sind sie, in die hinabzusehen mich schwindelt, die sich unaufhaltsam drehen und durch die hindurch man ins Leere kommt.' Die Angst vor der Leere hinter den Worten ist die Folge der Vertreibung aus dem Paradies des Sprachvertrauens.“...

Ostern war ich mit meiner Familie Freiburg im Breisgau. Bei einem Stadtbummel las ich an einem Universitätsgebäude die Inschrift: „Die Wahrheit wird Euch frei machen“. In der

LEINE-ZEITUNG vom 19. 2. 2002 wird über eine Lesung von Ralph Giordano aus seinem Buch „Deutschlandreise“ berichtet. Giordano wendet sich gegen das Verdrängen und Vergessen der nationalsozialistischen Verbrechen. Seine Schlußwort verwendet die Redaktion als Titel: „Nur die Wahrheit erlöst und sonst gar nichts.“ Was ist nun die Wahrheit? Wie erreichen wir sie? Können wir uns ihr mehr als im ehrlichen Bemühen nähern? Wer ein wenig weiß, der weiß daß er nichts weiß. Wenn wir versuchen, uns neben unseren gewohnten Wahrnehmungen und Denkbahnen solchen allgemeiner oder fachbezogener Art zu stellen, wird uns schwindelig, wir werden urteilsunsicher. Die Schwierigkeiten mit der Wahrheitsfindung bezogen auf den letzten Krieg machen auch einen Artikel von Rafael Seligmann in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung (HAZ) vom 12. 2. 2002, der unter der Überschrift „Deutsche als Opfer - die andere Seite des Krieges“ veröffentlicht wurde, und ein Leserbrief dazu von Ulrich Löbert, der am 28. 2. 2002 unter dem Titel „Grauensvolles Ereignis banalisiert“ veröffentlicht wurde, deutlich. Die Redaktion hat den Artikel wie folgt eingeleitet:

„Erst seit kurzem rücken die deutschen Opfer des Zweiten Weltkriegs umfassend in den Blick - kein Wunder, urteilt Rafael Seligmann. 'Es ist einfacher, das Kind Abels zu sein, als das Kains', sagt der deutsch-jüdische Schriftsteller. 'Aber das Leiden der Deutschen unter dem selbstverschuldeten Krieg muss endlich umfassend wahrgenommen werden - sonst droht die Vergangenheit uns Deutsche immer wieder einzuholen...“ An dieser Stelle wäre schon zu fragen: Was heißt hier für wen „selbstverschuldet“? Die Frage sei aber für später aufgehoben. Hier geht es um eine Passage in dem Artikel selbst. Seligmann schreibt über die Bombardierung von Dresden u.a.: ...“In Folge der Luftangriffe starben rund 35000 Zivilisten. Die Propagandisten der Nazis ließen jedoch eine Zahl mehr als 200000 Opfern verbreiten. Sie fügten der von den eigenen Behörden ermittelten Zahl von 20.204 Toten schlicht eine Null an. So sollte der Hass der Deutschen gegen die Alliierten und ihre Terrorbombardements geschürt werden. Doch die Seelen der Überlebenden waren gebrochen und voller Trauer. Die Menschen wollten nicht hassen, sondern endlich Frieden.“ ...

Ulrich Löbert antwortet darauf:

„Indem der Autor eine vor Jahren aufgekommene kunstvolle Zahlenspielerei kolportiert, wird er am allerwenigsten seinem vorgeblichen Ziel, den deutschen Opfern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, gerecht. Mit der Reduzierung der Dresdener Opferzahlen auf 35 000 betreibt er eine beispiellose Banalisierung eines grauensvollen Ereignisses. Die Wahrheit ist, dass in der Schlussaufstellung des Polizeipräsidenten am 2. März 1945 abends 202 040 Tote genannt werden. Genauer wird der Bericht des damaligen Chefs des Verteidigungsbereiches Dresden,

Matthes. Auf Verlangen meldete er am 29. April in den Führerbunker: 'Es waren 35 000 voll identifizierte Opfer. 50 000 Opfer waren teilidentifiziert ... 168 000 Opfer, an denen es nichts mehr zu identifizieren gab.' Matthes hat die Angaben nach dem Krieg wiederholt beeidet. Es wird deutlich, wie die am meisten gebräuchliche Opferzahl 35 000 zustande kommt. Die beiden letzten Zahlen werden einfach fortgelassen.

Nachdenklich macht eine andere Tatsache: Noch im Jahre 1992 wurden die vorstehenden Angaben im Dresdener Rathaus bestätigt. Dagegen wird auf heutige Nachfrage die offizielle Zahl 35 000 genannt. Völkerverständigung lässt sich dauerhaft nur auf der geschichtlichen Wahrheit errichten.“

Vielfach tauchen Widersprüche bei der Schilderung der schrecklichen Ereignisse in der nationalsozialistischen Zeit und der Quantifizierung der Opfer auf allen Seiten auf. Es ist bedauerlich, daß schon Hinweise auf solche Widersprüche von manchen Zeitgenossen als Ausdruck faschistoider Gesinnung diffamiert werden, weil dadurch die Gegenwarts- und Zukunftsbewältigung erschwert wird.

In der Ostsee-Zeitung vom 27./28. Juli 2002 war über den Schriftsteller Uwe Saeger, der durch Gegenwartsromane Anfang der 80er Jahre in der DDR bekannt wurde, zu lesen, daß er sich nach der Wende in einen Debütantenstatus zurückversetzt fühlte und seitdem keinen Gegenwartsstoff zu Ende gebracht hätte. Er hat sich der antiken Mythologie zugewandt. „Im jüngsten Roman 'Laokoons Traum' fragt er nach dem Verhältnis von Macht und Subjekt, Wahrheit und Lüge, Kunst und Wirklichkeit.“ ... Nun kann man sicher anhand von klassischen Überlieferungen unsere gegenwärtigen Probleme verdeutlichen. Die Beschreibung unserer Probleme an Figuren und Gedankengängen aus der Klassik wird manchmal aber auch gewählt als einen Schutz vor der Diktatur der Öffentlichen Meinung oder gar vor staatlicher Herrschaft. Warum tun wir uns solches an. Es ist fast naturnotwendig, daß wir (oder jede neue Generation) die jüngste und aller jüngste Vergangenheit - besonders als Betroffene - unterschiedlich deuten und sehen. Es ist der Wahrheitsfindung abträglich, wenn bei der Schilderung und Deutung der jüngsten Vergangenheit mit einer Zensur in Form von politischen und gesetzlichen Normen gearbeitet wird.

Es ist Gift für die Seele, Nachrichten der Massenmedien nur zu konsumieren und nicht weiter zu verarbeiten und sei es in einem noch so bescheidenen Rahmen. Nur der Amboß und nicht

hin und wieder auch Hammer zu sein, verträgt sich nach meiner Meinung nicht mit dem Status eines Bürgers. Anfang Februar - ich hatte einen Offenen Brief zu dem Aufruf von Bischöfin Frau Dr. Margot Käßmann „aktiv an der Gestaltung der Gesellschaft mitzuwirken“ auf den Weg gebracht, da stießen mir Berichte über den Antrag auf Verbot der NPD sauer auf. Nicht daß ich dagegen wäre, wenn die NPD mangels Interesse der Öffentlichkeit in der Versenkung verschwinden würde. Nur empörte (und empört) es mich, daß die Bundestagsparteien, die ich selber für verfassungs- und demokratiefeindlich halte, von einem Gericht auf der Grundlage einer Verfassung, bei der das Verfallsdatum überschritten ist, ein Verbot einer Partei erwirken wollten bzw. wollen. Weiter empfand ich es als ein Ärgernis, daß das Bundestags- und SPD-Mitglied Ludwig Stiegler die Vorläufer der bürgerlichen Parteien für die Nazi-Herrschaft - bei gleichzeitiger Reinwaschung der SPD - verantwortlich machen wollte¹. Ich habe damals gedacht, diese Art Vergangenheitsbewältigung und Extremistenbekämpfung kann nicht anders als schief gehen. Ich hatte das Bedürfnis, mich dazu zu äußern. Aber davon wurde nichts, weil die Familie darauf drang, daß ich endlich mit dem damals noch im Bau befindlichen Segelboot fertig zu werden und dann mit dem ältesten Sohn (von den jüngeren Kindern) zwischen Bundeswehr und Studium segeln zu gehen. Da ich nicht nachweisen kann, daß meine Bemühungen um Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit irgend etwas bewirken, konnte sich meine Familie gegen meine inneren Intentionen durchsetzen. Und es war gut so. In den Pausen habe ich allerdings viel Zeitungsmaterial gesammelt und einiges an Literatur durchgearbeitet, um meine Gedankengänge zu überprüfen und zu erweitern. Die Folge war allerdings, daß ich mich überfordert sah, das gesammelte Material so zu verdichten, daß vom Umfang und vom Inhalt hergesehen, etwas brauchbares dabei herauskommen würde. Es stellten sich –zig Gründe ein, warum ich die ganze Angelegenheit einfach vergessen sollte. Und doch blieb die Stimme nicht still, die sagte: „Willst Du Dich als Drückeberger und Feigling davon schleichen? Wer sich als Demokrat ernst nimmt, ist im Rahmen seiner Begabung immer gerufen und berufen sich einzumischen!“

Es waren aber noch ein paar Anstöße erforderliche, um meinen Zwiespalt und meine Trägheit zu überwinden:

- Da kam mir einmal die „Freiburger Zeitung zum Sonntag“ vom 31. März 2002 wieder in die Hände. Ich hatte mir Ostern beim Lesen eine Äußerung des Sozialbürgermeisters Ulrich von Kirchbach (abgebildet mit Lebensgefährtin und gemeinsamen Kindern) angestrichen. U.

¹ Siehe unter anderen Berichten: „Union droht mit Ende der Konsensgespräche“ in der HAZ vom 13.2. 02

Von Kirchbach sagt dort: „Zur Sozialdemokratie bin ich aus drei Gründen gekommen: Das Versagen der bürgerlichen Parteien im Vorfeld der Nazi-Zeit, die Ostpolitik Willy Brandts und weil die SPD für soziale Gerechtigkeit steht.“ Nun, die Position der Ostpolitik Brandts habe ich schon im Jahr 1967 vertreten. Aber wieder erfolgt kein Hinweis auf das Versagen der SPD in der Weimarer Republik. Und die soziale Gerechtigkeit spielt wohl im Willen der SPD eine Rolle, aber nicht im Können. Es hilft doch nicht weiter, wenn die einzelnen politischen Gruppierungen nur die Fehler der anderen, aber nicht die eigenen sehen.

- Dann las ich im Meerregion Stadtanzeiger (Wunstorf) vom 6. 6. 2002 einen Bericht über ein Gespräch zwischen dem Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber und der Landesbischöfin Dr. Margot Käßmann. Es wird dort Stoibers Äußerung wieder gegeben „Kirchen seien es, die am glaubwürdigsten über Werte streiten könnten, und dies erfreulicherweise auch zunehmend tun.“ Einen solchen Satz kann man bestenfalls als Einschmeichelei eines Wahlkämpfers einstufen. Die Kirchen sind doch (wie Gewerkschaften und andere Verbände) Teil der gesellschaftlichen Konfusion. Die Kirchen können keinen glaubwürdigen Glauben mehr vermitteln, sie haben die ökonomischen Botschaften der Bibel eliminiert, verdreht oder in der Wirkung neutralisiert, ihr Verhältnis zum Gebot „Du sollst nicht töten!“ ist zwiespältig, die von ihr vermittelten Sexualnormen bewirken mehr Unheil als Heil und sie unterscheiden nicht zwischen den organisationsegoistischen Interessen und der Botschaft, die sie vermitteln wollen.
- Am 27. Juni 2002 ist in einem Artikel von Michael Stoeber unter dem Titel „Revolutionäre Lesebändchen - Eine neue Fülle kapitalismuskritischer Bücher bedient das Unbehagen am Bestehenden“ u.a. zu lesen: „In den Feuilletons wird diese Vielzahl an Neuerscheinungen meist wohlwollend rezensiert, und die Verkaufszahlen sind für die Verlage insgesamt zufriedenstellend. Doch wer sind die Leser? Ausschließlich sentimentale Altlinke, die sich auf diese Weise noch einmal den Kick der frühen Jahre verschaffen wollen? Wohl kaum. Offenkundig wächst die Zahl derer, die das Unbehagen am Gang der gesellschaftlichen Dinge plagt, denen der wirtschaftsliberale Tanz um das goldene Kalb der Globalisierung missfällt, und denen der Sinn nach kritischer Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus steht.“... Bücher bedienen das Unbehagen. Die Aussage mißfällt mir, wenn auch nicht zu leugnen ist, daß auch Bücher gelesen werden, um sich mit ihrer Hilfe das bestätigen zu lassen, was man fühlt oder denkt. Ich gehe davon aus, daß heute aber wirkliche Orientierungshilfen gesucht

werden und diese genau wie in der Vor-Hitler-Zeit zu wenig und zu unpräzise gegeben werden.

- Und am 9. 7. 2002 zitiert Jens Gundlach in einem Artikel über Oskar Negt, der am folgenden Tag seine Abschiedsvorlesung gehalten hat, diesen mit folgenden Worten: „Es ist eine Ironie der Geschichte“, sagt der 67-Jährige mit mildem Triumph in den Augen, 'dass der Kapitalismus seit seinem Sieg zum ersten Mal genau so funktioniert, wie Marx es vorhergesagt hat.' In seinem Gelehrtenzimmer in einem Jugendstilhaus nahe Hannovers pulsierendem Lister Platz entfaltet der Emeritus Alternativen zum „global entfesselten, räuberisch gewordenen Kapitalismus“, als fange sein Arbeitsleben gerade erst richtig an.“ Die Konzentration des Eigentums und die Vermehrung der Armen (nach jedem dem Zusammenbruch folgenden Aufschwung) zeigt sich nicht erstmalig im Sinn von Marxs Beschreibung. Die Frage für Oskar Negt (und alle Wissenschaftler, die Marx noch die Stange halten), müßte lauten: Läßt sich mit Marx auch eine Therapie formulieren, die anders und besser verläuft, als die für unzählige Menschen tödlich verlaufende vergangene.² Wir kommen hier in einen Bereich hinein, der ein einziger Vorwurf des Versagens gegenüber den Sozialwissenschaften ist, ein Versagen, das jenem Versagen der Politik immer vorangeht. Ich habe deshalb in meinem zweiteiligen Offenen Brief (Agenda Niedersachsen 2001) an die Mitglieder des Niedersächsischen Landtages geäußert, daß die Sozialwissenschaftler (als Kollektiv) die eigentlichen Eichmänner sind.
- Ein Bericht von Volker Hagedorn in der HAZ vom 26. 4. 02 - den ich mir aufgehoben hatte - mit dem Titel „Zolas Erben / Politische Stellungnahmen von Schriftstellern sind zurzeit sehr beliebt - bleiben aber wirkungslos“ - war für mich erst mehr eine Bremse als ein Ansporn. Ich habe mich dann aber gefragt: Welche Meßinstrumente haben wir eigentlich, um die Wirkungen von Äußerungen zur Politik zu messen? Und wenn Äußerungen der schreibenden Zünfte im Guten keine Wirkung haben, warum sollen sie dann in einem bösen Sinn wirken. Immerhin habe ich bei der Lektüre etwas erfahren über den Begriff „Intellektuelle“. Die verkürzte Deutung als „Kopfarbeiter“ hat mich schon immer verwundert, weil ich empfand, daß Menschen, die nur mit den Kopf arbeiten und nicht ihre Hände zum Ertasten und Formen gebrauchen, eigentlich reduzierte Menschen sind, deren Arbeitsergebnisse mit

² Siehe dazu Georg Otto, Warum der Marxismus scheitern mußte - Widersprüche zwischen Mehrwerttheorie - Grundlage der realsozialistischen Versuche und der Geldtheorie von Marx - Basis eines Sozialismus in Freiheit?, Eberholzen, 1991

Vorsicht zu genießen sind. Aber ich erfahre nun, daß Intellektueller ursprünglich ein Schimpfwort war und auf öffentlichen sprachlichen Einsatz mit strafrechtlichem Risiko von Emile Zola zu Gunsten des wider besseren Wissens beschuldigten jüdischen Offiziers Dreyfus zurückgeht. (Zola: „J'accuse!“ = Ich klage an!) Erst danach wurde *Intellektueller* eine stolze Selbstcharakterisierung von engagierten Schriftstellern. Die Ichform, das Zauberwort ICH. „Dieses Wort, mit dem Zola seinen Brief begann, steht eher den Schriftstellern zu als den Journalisten, und dieses Zauberwort, ausgesprochen oder den Ton prägend, wurde nötig mit dem 11. September.“ ... Ich bin nun weder Journalist noch Schriftsteller und beanpreche trotzdem für mich das Ich, aber nicht, weil ich mich für so bedeutend halte, sondern, weil ich dokumentieren will, daß ich mich weder im Namen einer Partei, eines Verbandes, Vereines noch im Namen der Familie spreche, aber eben auch nicht den Mund halte. Es geht mir mehr darum zu beklagen, was bei uns aufgrund falscher Leitideen schiefgelaufen ist - und noch weiterhin schief läuft - als Personen anzuklagen. Anklagen verstopfen die Ohren eher, als daß sie sie öffnen.

- Wenn vor der letzten und jetzt vor der neuerlichen Wahl mit spöttischen oder klagenden Unterton bemerkt wird, daß die Programme der konkurrierenden Parteien, die das Machtkartell bilden, austauschbar wären, so halte ich das nicht für das eigentliche Problem.³ Warum sollte man nicht in einen Wettbewerb um die bessere Umsetzung eines guten Programmes treten. Ich halte die nichtstimmigen Inhalte und das Verständnis der Parteien für die Probleme, die uns politisch wunden scheuern für das eigentliche Problem. (Siehe dazu im Anhang oder auf der Homepage auch mein Text vom 21. 9. 98 mit dem Titel „Ich habe meinen Wahlzettel verbrannt!“.) Ich übersehe dabei nicht, daß jede Partei ihre Erfolgsbilanz hat und neben dem Gerangel um Einfluß und Posten innerhalb ihrer Mitglieder ein ehrliches Bemühen um zukunftsfähige Inhalte vorhanden ist. Aber auch vor der diesjährigen Wahl bin ich in einer unangenehmen Situation. Ich kann - ohne mich verbiegen zu lassen und ohne ein Minimum an Protest an den Tag zu legen - weder meinen Parteifreunden im Wahlkampf helfen, noch der eigenen oder einer anderen Partei im Wahlkampf helfen oder in der Wahl meine Zustimmung geben. Den jungen Parteifreund und Direktkandidaten Bernhard Kass⁴ in unserem Wahlkreis würde ich gerne wählen, weil er noch relativ unbelastet ist von dem, was unter Parteienherrschaft zusammengefaßt werden kann, aber er ist nur Zählkandidat

3 In der ARD-Sendung „Fakt“ vom 12. 8. 02 wurde vorgeführt, daß führende Vertreter der Parteien Passagen aus Programmen der Konkurrenzparteien für solche aus dem der eigenen Partei hielten.

4 Seine Homepage ist zu erreichen unter: <http://www.bernhard.Kass.de>

ohne Chance auf ein Direktmandat. Die Spenden-, die Schmiergeld- und Bonusmeilenaffäre haben bei meiner Haltung nur eine untergeordnete Bedeutung. Also, wenn ich das Gefühl hätte, ich könne an irgendeiner Stelle überzeugend mein Kreuz machen, bräuchte ich mich nicht verpflichtet zu fühlen, mich hier abzumühen. Leider bleibt mir nur der Wunsch, daß möglichst viele Wähler die Wahl boykottieren. Die kleinen herrschenden Minderheiten innerhalb der Kartellparteien, deren Mitglieder insgesamt wiederum nur eine kleine Minderheit der Gesamtbürgerschaft sind, müssen das Gefühl der Legitimität verlieren, sie müssen ein Bewußtsein entwickeln, daß sie jetzt nur die Rolle der Staatsbesetzer innehaben und daß es Zeit ist, erstmals den Weg für eine Verfassungsgebung durch das Volk frei zu machen.

Die aktuelle Flutkatastrophe im Donau- und Elbebereich, vor der 100000 Menschen auf der Flucht⁵ sein sollen und die eine Flut der Worte der Politiker (HAZ 16. 8.02) mit sich bringt, könnte ein neuer Anlaß sein, über unsere gesellschaftliche Situation nachzudenken. Es scheint aber so, als seien diese Naturgewalten - bei denen gestritten wird, wie weit sie vom menschlichen Handeln beeinflußt sind - für die Parteistrategen ein willkommenes Ereignis, um von dem inhaltlosen Wahlkampf und von unseren gesellschaftlichen, weltweiten Problemen abzulenken. Außerdem ist es so, daß die Naturkatastrophe für den Kapitalismus künstliche Katastrophen in den Formen von Krisen und Krieg weniger dringlich machen. Katastrophen sind für den Kapitalismus jene Äcker, die eine „gute“ Ernte in Form hoher Renditen ermöglichen. Die Kurse der Baugesellschaften steigen schon wieder.

Am 16. August stellte die Hartz-Kommission in Berlin ihre Empfehlungen zur Reform des Arbeitsmarktes vor. Bundeskanzler Schröder hörte in den ARD-Nachrichten aus diesem Anlaß die Hoffnung aussprechen, daß von dieser Kommissionsarbeit ein neuer Geist in Deutschland ausgehen möge. Die CDU-Chefin Angela Merkel sieht in dem Konzept nur ein Versagen der Koalition. (HAZ 17./18. 8. 02) Ohne wenn und aber kann man sagen: Die Hartz-Kommission hat gewagt, alte Denkbahnen zu verlassen. Der Mangel der Kommission ist aber, daß sie nur ein Teilaspekt des Problems „Arbeitslosigkeit“ erfaßt und mit ihren Lösungen innerhalb des Rahmens des regelungswütigen Staatsinterventionismus verbleibt, verbleiben mußte, wenn ihr

5 Bei dem Wort Flucht dürfen wir bei aller Not, die es auch in diesem Fall der Flut signalisiert, nicht übersehen, daß die Fliehenden nicht auf Minen treten, nicht dem Beschuß von Flugzeugen, der Kälte und dem Hunger ausgesetzt sind. Die Fliehenden können in der Regel sicher sein, abends einen Platz für ihr müdes Haupt und Hilfe der vertraglichen, gesetzlichen und freiwilligen Art aus den intakten Institutionen und Regionen zu finden.

der Auftrag nicht erteilt wurde, die gesellschaftliche Gesamtordnung zu überprüfen. Es ist aber ein Witz, wenn die CDU-Chefin Merkel moniert, daß die Vorschläge der Hartz-Kommission zu mehr Verstaatlichung führen. Den Weg der Verstaatlichung allen gesellschaftlichen Lebens ist die CDU von anbeginn genauso gegangen wie die SPD, nur mit unterschiedlichen Akzenten und in unterschiedlicher Ideologie verankert. Die CDU hat viel Zeit gehabt, alles anders und besser zu machen; sie beruft sich auf Ludwig Erhard und hat diesen immer sabotiert, weil sie zu wenig weiß, was denn nun eigentlich das Wesen des Kapitalismus ist und unter welchen Bedingungen Marktwirtschaft funktionieren kann.

Eigene Erfahrungen:

- Als ich Ende 1977 innerhalb der FDP mit meiner eigenen Arbeit „Arbeitslosigkeit - Ursachen - Wirkungen - Lösungen (und ein Vorschlag zur Neugestaltung der Arbeitslosenversicherung)“ eine Diskussion anstoßen wollte, bin ich abgeblockt worden.
- Als ich im März 1980 zum Programmkongreß der Grünen im März 1980 meinen programmatischen Beitrag „Der Dritte Weg - Die natürliche Wirtschaftsordnung“, vorgelegt habe, wurde dieser offiziell nicht zu Kenntnis genommen, weil er außerhalb der staatssozialistischen Gedankengänge formuliert wurde. Die inoffizielle Wirkung wurde mit der Flüsterpropaganda „spinnererhafter Anarchismus“ oder „sozialdarwinistisch“ bekämpft.
- Als ich Ende 1986 - also zu CDU-Zeiten - ein Programm „Trainieren und Starten“, mit dem Erwerbslose zu Unternehmensgründungen befähigt werden sollten und ich mich mit mir unsinnig erscheinende Aspekte des AFG auseinandersetzte, bin ich überall auf Unverständnis und taube Ohren gestoßen.

Der neue Geist, den Schröder beschwört, müßte folgendes ermöglichen:

- eine offene Auflistung und Beschreibung der Probleme unserer Gesellschaft,
- eine offene Beschreibung der Wirkungen dieser Probleme,
- eine offene Auflistung von Lösungswegen dieser Probleme,
- eine offene Auflistung der angestrebten und vermuteten Wirkungen und
- eine demokratische - also keine parteipolitische - Entscheidung für den angestrebten Weg.

Ein solcher Geist ist ein Kind der Not und sehr flüchtig, wie man aus der Gründungszeit der Partei DIE GRÜNEN, aus der Zeit des Zusammenbruchs der DDR und des Kaiserreichs weiß. Die Verführung für jene, die mehr oder wenig zufällig das Mikrophon der Zeit in der Hand haben, liegt darin, der Mitgliedschaft, dem Volk ihre Sicht der Dinge auszudrücken, bevor die Basis sich besinnen konnte, was sie eigentlich will. Es bleibt zu beweisen, daß ein Geist der Besinnung und freiheitlichen Gestaltung nicht nur aus der Not, sondern auch aus der Einsicht

in die Notwendigkeit geboren werden und so lange eine Gesellschaft beflügeln kann, bis sie sich neu geordnet, neu formiert hat.

Mein Verständnis von Thesen

Bekanntlich ist die These eine Stufe in der unendlichen Erkenntnistreppe von These - Antithese - Synthese. Ich bin mir also bewußt, nicht letzte Wahrheiten zu verkünden. Worum ich bemüht bin, ist, Sichtweisen in den allgemeinen Erkenntnisprozeß einzubringen, die nach meiner Meinung zu kurz kommen. Ich halte mich dabei nicht an Sprachregelungen, die als politisch korrekt definiert wurden. Inhaltliche Überschneidungen oder Wiederholungen erscheinen mir im Sinne der Lesbarkeit als unvermeidbar oder als sinnvoll. Als ich vorhin in meiner oben erwähnten Arbeit „Arbeitslosigkeit“ blätterte fand ich Zitate aus einem Brief von Proudhon an Marx, die hier hinpassen würden. Wegen der Länge des Proudhon-Zitates begnüge ich mich aber mit einem Zitat von Anatol Rapoport aus „Kämpfe, Spiele und Debatten“, das ich damals aus der heute nicht mehr bestehenden Zeitschrift „Darmstädter Blätter“ entnommen hatte:

"Bevor Gedanken Früchte tragen, müssen sie keimen. Die wichtigste unmittelbare Folge eines Gedankens ist, daß er zu weiteren Gedanken anregt. Ich vermute, daß die wichtigste Folge einer systematischen und vielseitigen Untersuchung des Konflikts jene Veränderungen sind, die eine solche Untersuchung in uns selbst, den bewußten und unbewußten, freiwilligen und unfreiwilligen Teilnehmern an Konflikten, bewirkt. Deshalb ist der Lohn, der sich realistisch erwarten läßt, ein indirekter, wie das bei den Söhnen der Fall war, denen gesagt wurde, sie sollten nach dem vergrabenen Schatz im Weinberg graben. Sie fanden keinen Schatz, aber sie verbesserten den Boden".

Erste These - Gerechtigkeit als Fundament unserer Urteile

„Obgleich oft durch Gewohnheit, Aberglauben und Selbstsucht auf das ärgste verzerrt, bildet das Gerechtigkeitsgefühl doch die Grundlage des menschlichen Geistes, und welcher Streit immer die Leidenschaften erregen mag - der Konflikt wird sich nicht so sehr um die Frage: »Ist es weise?« drehen, wie um die Frage: »Ist es recht?«

Die Neigung der Erörterung des Volkes, eine ethische Form anzunehmen, hat ihren Grund. Sie entspringt einem Gesetze des menschlichen Geistes; sie beruht auf einer vagen und instinktiven Anerkennung dessen, was vielleicht die tiefste Wahrheit ist, die wir zu erfassen vermögen.

Weise ist nur, was gerecht ist: dauernd ist nur, was recht ist.“ Henry George⁶⁾

6 Entnommen aus Fragen der Freiheit, Heft 245, Fortschritt und Armut - Leben und Werk Henry Georges -

Zweite These - Vergleiche als Voraussetzung des Verstehens

Um eine Vorstellung davon zu erhalten, ob etwas gerecht ist, benötigen wir begriffliche Gegensatzpaare als Hilfsgrößen wie *schön - häßlich, gut - böse, groß - klein, hell - dunkel, viel - wenig, trocken - naß* usw.. Wir müssen die Ereignisse, Dinge und Menschen in ein Verhältnis, in Relation zu einander setzen. Wenn wir also etwas relativieren, dann verharmlosen wir nicht etwas, sondern wir setzen es mit etwas anderem in eine Beziehung. Nur so können wir zu einem realistischen, zu einem gerechten Urteil kommen. Ein gerechtes Urteil über Eigenschaften und das Verhalten von bestimmten Menschen, Generationen, Gesellschaften in der Vergangenheit ist notwendig, um Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen zu müssen und die Gegenwart und die Zukunft besser gestalten zu können.

Dritte These - über Transformation der Schuld in den Status einer Religion

Die Schuld der Deutschen war nach dem zweiten Weltkrieg ein wesentliches politisches Disziplinierungs- und Gestaltungsprinzip. Daß die Sieger in einem Krieg ihre Sicht der Dinge als die alleingültige darstellen, ist nichts Neues. Gegenüber der traditionellen Haltung der Sieger, den Sieg als ein Recht auf Rache und Raub zu verstehen, konnte sich der us-amerikanische Präsident Thoma W. Wilson mit der Idee von einem gerechten Frieden nach dem ersten Krieg nicht durchsetzen. Der Verlauf des zweiten Weltkrieges und die Kapitulation der Deutschen brachte soviel an Grauen zu Tage, daß es zu der traditionellen Schuldzuweisungen der Sieger noch das Bekenntnis zur alleinigen, unendlich großen Schuld der Deutschen durch ihre geistig-politisch führende Schicht kam. Die Anerkennung der Schuld wurde zur Möglichkeit sich doch noch zu den guten Menschen zählen zu können. Abgesehen davon, daß die meisten Menschen nach dem zweiten Weltkrieg gar keine Zeit und Kraft hatten, darüber nachzudenken, in welche Situation sie geraten waren, weil sie sich voll auf das Überleben konzentrieren mußten, mußte sich gegen eine solch einseitige Sichtweise eine oppositionelle Haltung herausbilden. Einer oppositionellen Abwehrhaltung gegenüber dem Anerkenntnis der Alleinschuld in Form der unendlichen Größe per Gesetz (Verbot der „Auschwitzlüge“) und Tabuisierung einer offenen Behandlung des Themas in den Medien entgegen zu wirken, hat zwar das Bekenntnis der Deutschen zur nicht vergleichbaren Alleinschuld in den Stand einer Staatsreligion gehoben, aber keine vertiefenden Einsichten in die tatsächliche Schuld befördert und auch nicht Verhindert, daß wir Deutschen neue Schuld auf uns geladen haben.

Vierte These - von der gerechten Bewertung von Tatbeständen und Schuld

Wenn wir Einsichtsfähigkeit in Fehlhaltungen, Versagen und Schuld vergangener Tage und heute fördern wollen, dann müssen wir zu allererst Gerechtigkeit gegenüber Trägern und Inhalten von Ideologien, Weltanschauungen, Religionen; gegenüber vorangegangenen Generationen, gegenüber Gruppen, Völkern, Nationen üben. Falsche Bewertungen - oder solche mit zweierlei Maß - im Detail führen dazu, daß auch dort Kritik abgelehnt wird, wo sie voll berechtigt ist.

Erläuterung: In einem Prospekt zum Peenemünde Museum - Historisch-Technisches Informationszentrum - steht über dem Jahr 1932 der Satz: „Wissenschaft und Militär schlossen in Peenemünde einen verhängnisvollen Pakt.“ Dieser Pakt bestand und besteht auch in „demokratischen“ Staaten. Auch wird die Rüstung immer noch als geeignetes Konjunkturprogramm und als ein Mittel zur Aufrechterhaltung der Rentabilität des Kapitals gesehen. Wer dieses berechtigter Weise kritisiert, kann es nicht isoliert auf den NS-Staat tun ohne Ablehnung zu provozieren. Wenn wir den Staat zu Kaisers Zeiten oder unter dem NS-Regime kritisieren, dann können wir ohne Glaubwürdigkeitsverlust nur dasjenige kritisieren, was anders ist als heute. Wenn wir genau hinschauen, stellen wir aber erschreckend fest, daß die Strukturelemente und Verhaltensmuster der Staaten unabhängig von ihrem Selbstverständnis vielfach übereinstimmen.

Fünfte These - isolierte Darstellungen machen die Wahrheit unannehmbar

Zur Aufklärung über die Vergangenheit gehört selbstverständlich auch, zu versuchen, Denken und Tun in der Reichswehr in Ausstellungen nachzuzeichnen. Aber nach 50 Jahren der Instrumentalisierung der Schuld der Deutschen, kann man die Untaten der Reichswehr nicht isoliert darstellen, ohne sich den Vorwurf der Propaganda gegen die Deutschen gefallen lassen zu müssen. Zu den Schandtaten gehören auch die Heldentaten der Reichswehr und eine vergleichende Darstellung aller Armeen der Neuzeit und der Gegenwart. . Auch dürfte es eine Illusion sein anzunehmen, z.B. die Bundeswehr würde bei einem Einsatz, wie sie Reichswehr erlebt hat, „sauber“ bleiben. Auch sollten Übertreibungen und Pauschalierungen vermieden werden. So weit ich informiert bin, hat z..B. die Mehrheit der Waffen-SS von den Greueln in den Konzentrationslagern und den Erschießungen nicht mehr gewußt als die Deutschen im allgemeinen.

Die Gleichstellung SS-Angehöriger = NS-Verbrecher hat wesentlich bei vielen zur politischen Verstocktheit bei uns beigetragen.

Sechste These - durch Geschichtsrevision die Schuld hinter der Schuld entdecken

Da 1. das schreckliche vergangene Jahrhundert wesentlich bestimmt wurde von der tatsächlichen und von der zugewiesenen Schuld der Deutschen und diese immer noch in die Gegenwart hinein strahlt und 2. Schuldzuweisungen und eine Schuldanerkennnisse zwar über die Schwierigkeiten einer aktuellen politischen Situation hinweg helfen können, aber keine Friedenssicherung für die Zukunft sind, sind nach Zeitablauf des Definitionsmonopols der Sieger über die Guten und die Bösen eine vorurteilsfreie Überprüfung der übermittelten Geschichte notwendig, damit bei der Verteidigung von Freiheit und Menschenwürde nicht von falschen Frontstellungen ausgegangen wird. Eine Geschichtsrevision ist also nichts ehrenrühriges, auch dann nicht, wenn die Überprüfung die alten Sichtweisen bestätigen.

Siebte These - über die Gleichheit der Menschen auch in der Schuld und dem Leid

Alle Deutschen wurden de facto dafür zuständig erklärt, daß Hitler an die Macht kam. Es wurde zwar gesagt (und heute noch wiederholt), daß es keine Kollektivschuld gäbe, aber eine Kollektivhaftung wurde praktiziert. Soweit Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit ein Leid, sei es durch Vergewaltigung, Raub, Vertreibung, Hunger, Bombardierung etc. erfahren haben, wurde ihnen - wenn sie nicht als Nazi-Verfolgte galten - immer gesagt, das wäre zwar schrecklich, aber sie müßten sich die Schuld für das erlittene Leid selbst zuschreiben, da sie Hitler und den Krieg zugelassen hätten. Nun kann man zwar allen Menschen zu allen Zeiten sagen, sie hätten die Regierung die sie verdienen. Was man nicht machen kann, ohne eine Sabotage an das Rechtsempfinden zu verüben, ist, sich die Bürger eines Staates heraus zu picken und ihnen zu sagen, das in ihrem Namen begangene Unrecht hätten sie individuell zu vertreten und jenes Unrecht das im Namen der Menschen andere sieghafte Staaten begangen wurde, sei unvermeidbar schicksalhaft oder gar heldenhaft. Der Bauer, der Kaufmann, der Handwerker, der Lehrer, der Arzt oder Industriearbeiter in Deutschland hat im Regelfall auf den Ablauf der Politik in Deutschland und die Kriege im vorigen Jahrhundert nicht mehr Einfluß gehabt, wie jeweils jene aus Rußland, Polen, Frankreich, England oder den USA auf ihren Staat.

Achte These - Warum wurde Hitler als Quasi-Erlöser begrüßt?

Nun wird gesagt, daß die Deutschen nicht zu Hitler und Nationalsozialismus verführt worden sind, sondern daß sie ihn ersehnt haben. Das trifft wohl zu. Ein Unterdrücker kann sich nicht halten ohne die Zustimmung der Unterdrückten. Die Frage ist nun, wodurch wurden die Deutschen in der Mehrheit veranlaßt, den Sieg des Nationalsozialismus als Erlösung zu sehen? War es ihr Charakter, ihre Charakterpanzerungen (Wilhelm Reich) oder das ökonomische die ausweglose politische Situation? Ohne Reichs Analyse beiseite schieben zu wollen, komme ich zu dem Schluß, daß die Sieger des ersten Weltkrieges (der Versailler-Vertrag wurde zu Recht als Diktat empfunden) und die mangelnde politische Sensibilität und ökonomische Unfähigkeit der Demokraten die Menschen regelrecht in die Arme der Nationalsozialisten getrieben haben.

Auch wenn in Deutschland - wie in anderen Staaten - ein unterschwelliger Antisemitismus vorhanden war, ist es eine unrealistische Vorstellung, daß die Menschen sich für den Nationalsozialismus entschieden hätten, weil dieser versprach, das Judentum zu bekämpfen. Die Menschen hofften, ihre ökonomische Lage zu verbessern, sie wollten wieder mit erhobenen Haupt durch den Alltag gehen dürfen. Der Antisemitismus war eine abstrakte Bezeichnung für eine Bedrohung, die ihnen analytisch nicht erklärt wurde, nicht erklärt werden konnte. Abstrakt, so klagten die Nazi-Schergen später, seien die Deutschen gegen das Jüdische, konkret kenne aber nur jeder seinen guten Juden. Wenn es anders gewesen wäre, wären Juden in der Anfangszeit der NSDAP wohl nicht Mitglied dieser Partei geworden. Es war ein langer Weg von dem abstrakten Antisemitismus bis zur Judenvernichtung. Ein Weg, an dem auch die Sieger des zweiten Weltkrieges mitgewirkt haben.

Neunte These - ökon. Motive für den Antisemitismus sind zu gering gewichtet worden

Dafür daß es überhaupt so etwas wie Antisemitismus, eine antijüdische Einstellung - und nicht nur in Deutschland – gibt, gibt es viele Deutungen, religiöser, psychologischer, geschichtlicher und ökonomischer Art. Da die Menschen gegenüber anderen Religionen, Riten und Sitten wesentlich toleranter sind, wenn ihre ökonomische Lage ein Selbstvertrauen in die eigene Kraft erlaubt und keine Bedrohung ihrer sozialen Situation signalisiert, halte ich die Ökonomie für eine wesentliche Ursache für den Antisemitismus von gestern und heute. Da durch Berufsverbote und die Zinsnahmeverbote der Christen die Juden geradezu in das Geldgeschäft gedrängt wurden, die Menschen seit je und je durch Konjunktur- Geldwertschwankungen und durch Vermögenskonzentrationen und dem Gegenstück der Verarmung schon immer gemerkt haben, daß mit dem Geld etwas nicht stimmt, haben sie - da ihnen die Strukturfehler des Geldes nicht

erläutert wurden - die Juden, die dominant im Geldgeschäft tätig waren, als die Verursacher gesehen. Die Erkenntnisse des Ökonomen Silvio Gesell, der aufgrund seiner Erkenntnisse in die Strukturfehler der Zirkulation des Geldes die Juden gegen Unterstellungen und Verdächtigungen in Schutz nahm, wurden in der Sozialwissenschaft damals überhaupt nicht und heute zu zögerlich nachvollzogen. Da es geschichtlich aber so ist, daß Pogrome gegen Juden und andere Minderheiten immer in ökonomisch schwierigen Lagen geschehen, und die Sozialwissenschaftler (mit Ausnahmen) die ökonomischen Störfelder nur ungenügend erforschen, habe ich sie in einem anderen Zusammenhang als die eigentlichen Eichmänner benannt, die noch vor der Politik für das verantwortlich sind, was gelaufen ist und was in Zukunft laufen wird.

Zehnte These - unterschiedliches Bedrohungsempfinden

Die Arbeiterschaft war weniger auf einen Antisemitismus zur Ableitung von Unbehagen und destruktiven Aggressionen angewiesen als der gewerbetreibende Mittelstand, weil ihre Einbindung in die Ideologie des Marxismus ihnen den Bösewicht in Form des Kapitalisten (meistens gleichgesetzt mit Unternehmers) frei Haus lieferte. Sie konnten sich sogar noch einbilden, der Internationalismus würde ihre Lage verbessern helfen. Der Angestellte, der Beamte und der Freiberufler dagegen konnte in der Situation der Unterbeschäftigung durchaus in dem tüchtigen jüdischen Mitbürger einen lästigen Konkurrenten sehen. Der Handel und das Gewerbe mußte aber mangels besserer Erklärung für den Verdrängungswettbewerb und die Konzentration im Handel und der Produktion mangels einsehbarer Analyse die Verursacherrolle irgend einer Gruppe andichten. Die Juden boten sich optisch und traditionell für diese Rolle an. Handel und Gewerbe konnten aber auch nur so lange und so weit international denken, wie ihre Geschäfte nicht darunter litten. Währungen auf der Basis von Golddeckungen zwangen die Volkswirtschaften aber dazu, nach einem Außenhandelsüberschuß zu streben, damit in einer wachsenden Wirtschaft die Geldversorgung mit wachsen konnte. Da eine solche Situation praktisch schon ein kalter Handelskrieg zwischen den Nationen war, ist es kein Wunder, daß das nationalistische Denken auf allen Seiten dadurch gefördert und der Ausweg aus der ökonomischen Schieflage im Krieg gesucht wurde. Diese Haltung war kein besonderes Merkmal der Deutschen.

Elfte These - Zur Rolle der Staats-Sozialisten allgemein

Als die deutsche Heeresleitung 1917 Wladimir Illjitsch Uljanow, genannt Lenin, die Rückkehr nach Rußland mit der Erwartung ermöglichte, durch seine revolutionäre Absichten würde er

Rußland schwächen, war das eine politische Fehlleistung. Das Tragische war aber eigentlich, daß der Marxismus, auf dessen Basis Lenin sein revolutionäres Programm entwickelt hat, nicht mehr auf der Höhe des Erkenntnisstandes der Ökonomie war. Aufgrund falscher Annahmen wurde eine Kettenreaktion in Gang gesetzt, die wenigstens so viel Opfer gekostet hat wie das nationalsozialistische Experiment. Es kann nun aber keine Revolution ohne eine revolutionäre Situation stattfinden. Eine revolutionäre Situation entwickelt sich aus der Not, in der sich eine Gesellschaft befindet. Die Not hat ihre Ursache nicht in einem Gott oder der Natur, sondern in der politischen Leistungsschwäche der bis dahin herrschenden Schicht. Wer sich nun zum Revolutionär berufen fühlt - sei es, weil er ein Menschenfreund ist oder sei es, weil er eine Befriedigung für seinen Machttrieb sieht - muß, um Gehör zu finden, plausibel erklären können, warum die Herrschenden im Unrecht sind und warum die nachrevolutionäre Gesellschaft das Paradies sein wird. Ich nehme an, daß es völlig egal ist, welche Theorie einer Revolution zugrunde gelegt wird, so lange sie glaubhaft ist. Lenin hat nun auf den Marxismus zurückgegriffen, weil diese für ihn selbst glaubhaft war. Das kann man ihm nicht vorwerfen. Vorwerfen kann man ihm aber die Rücksichtslosigkeit und Menschenfeindlichkeit, mit der er die russische Revolution durchgeführt hat. Die Menschenfeindlichkeit ist im Marxismus aber angelegt, was der blinde Marxismus nicht glauben wollte (und bis heute nicht kann).⁷ Dies ist kein Vorwurf gegen Karl Marx - solange nicht bewiesen wird, daß es seine Absicht war, die Menschen ins Verderben zu schicken -; denn wer verlangt, daß der Mensch nur ohne Irrtum denken darf oder soll, der will das Denken verbieten. Revolutionäres (oder allgemein politisches) Handeln ist - soweit es strategisch (also nicht einem spontanen Impuls folgend) angelegt ist - bewußt oder unbewußt in theoretischen Grundlagen verankert. Diese Grundlagen können in der Regel nur vor und nicht während des Handelns erworben werden. Daher war der Versuch von Silvio Gesell, Lenin seine eigenen gegenüber Marxens neueren Erkenntnisse - die eine friedliche, freiheitliche Revolution ermöglicht hätten - mit auf dem Weg zu geben, von Anbeginn des Versuches gescheitert. Jetzt nach dem Zusammenbruch des realexistierenden Sozialismus - bolschewistischen Revolution begann - hätte man als Lohn für die Überlebenden und die Nachgeborenen wenigstens die mit Menschenfeindlichkeit und ökonomischen Unverstand durchgeführte Bodenreform in eine zukunftsweisende humane Form vollenden können. Aber dank idiotischer westlicher Ökonomieberatung wird dieser wesentliche Teil der russischen Ökonomie wieder in den vorrevolutionären Stand gesetzt. Die Toten unter den Tätern und Opfern wurden entehrt. Das nächste „Schlachtfest“ unter einer der folgenden Generation wurde vorbereitet. Die Sozi-

⁷ Es ein Verhältnis wie zwischen dem Kapitalismus und den Liberalen, die können das Zerstörerische im Kapitalismus auch nicht sehen.

alwissenschaft und in Folge die Politik hat gegenüber dem Beginn des vorigen Jahrhunderts ihre Lektion immer noch nicht gelernt.⁸

Zwölfte These - Zur Rolle der SPD zwischen den Weltkriegen im besonderen

Die SPD war im vorigen Jahrhundert eine der wesentlichen politischen Kräfte in Deutschland. Von ihren Zielen durften sich Mitglieder und Wähler angezogen fühlen. Aber ihre Zielerreichungsmaßnahmen waren immer wieder der programmierte Mißerfolg. Geben wir erst einmal die Ziele der SPD (der Sozialisten im allgemeinen) mit den Worten von Karl Kautsky wieder, der ein Mitarbeiter von Friedrich Engels war und 1891 in London mit Eduard Bernstein das Erfurter Programm der SPD entwarf. Kautsky schrieb 1919 in "Diktatur des Proletariats": "Genau genommen ist nicht der Sozialismus unser Endziel, sondern dies besteht in der Aufhebung jeder Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht, eine Rasse ... Die sozialistische Produktionsweise setzen wir uns deshalb in diesem Kampf als Ziel, weil sie bei den heute gegebenen technischen Bedingungen als das einzige Mittel erscheint, unser Ziel zu erreichen. Würde uns nachgewiesen, daß wir darin irren, daß etwa die Befreiung des Proletariats und der Menschheit überhaupt auf der Grundlage des Privateigentums allein oder am zweckmäßigsten erreichbar sei ... dann müßten wir den Sozialismus über Bord werfen, ohne unser Endziel im geringsten aufzugeben. Ja, wir müßten es tun, gerade im Interesse unseres Endzieles."

Den Mut von Kautsky, hinter den selbstformulierten Zielerreichungsmaßnahmen ein Fragezeichen zu setzen, hatte die große Mehrheit der Sozialdemokraten aber nicht. Sie saß in der ideologischen Falle des Marxismus und konnte weder Gedanken aufnehmen, die durch das Raster marxistischer Betrachtungsweisen fielen noch konnte realpolitisch Maßnahmen ergreifen die das Unheil entgegenwirkten. Man kann sagen, die SPD hat durch ihre damalige ideologische Befangenheit den Boden für den Aufstieg der NSDAP in starkem Maße mit vorbereitet. Sie ist in Bezug auf die Nazi-Geschichte nicht nur Opfer sondern auch Täter. Unbestritten ist heute die Einsicht, daß die Weimarer Republik an ihren ökonomischen Bedingungen und nicht an völkischen und nationalen Spinnereien zerbrochen ist. Vorschläge, wie die Inflation mit der Entwertung aller auf Geld lautenden Vermögen und die Deflation, mit der Arbeitslosigkeit und

8 Ich sollte besser wie der frühere Bundesminister Maihofer von Handlungswissenschaften sprechen, weil dann die Juristen auch mit erfaßt sind. Ich differenziere hier bewußt nicht zwischen den einzelnen Zweigen dieser Wissenschaft und den einzelnen Wissenschaftlern, weil es auf die Gesamtwirkung dieser Wissenschaft ankommt. Die gesamte Sozialwissenschaft kostet der Gesellschaft ja eine Menge Geld (dahinter steht individuelle Lebenszeit und –Kraft) Wo bleibt eigentlich die positive Gegenleistung der Sozialwissenschaft? Diese Kritik darf nicht darüber hinweg täuschen, daß ich mich bei Bedarf nach einer geistigen Freundschaft unter den Sozialwissenschaftlern umsehen würde.

den Firmenzusammenbrüchen hätte vermieden werden können, wurden ausgiebig und nachhaltig der SPD von der Freiwirtschaftsschule angedient. Zu den Vorschlägen gehörten auch solche, die die Last aus den Versailler Verträgen erträglicher machen sollten. SPD-Mitglieder, die dieses Wissen in die Partei hinein tragen wollten, wurden abgewürgt und ausgeschlossen.⁹ Wir können bei dem ganzen Geschehen nicht von Böswilligkeit der SPD ausgehen, sondern müssen einfach zur Kenntnis nehmen, daß Analysen und Vorstellungen von Problemen nebst ihren Lösungen nicht beliebig in den Köpfen der Menschen ausgetauscht werden können.

Dreizehnte These - Warum scheiterte die deutsche Demokratie und andere nicht?

Nun wird in dem Zusammenhang des Scheiterns der Weimarer Republik und des Sieges der NSDAP noch eingewendet, daß andere westliche Staaten mit den gleichen ökonomischen Schwierigkeiten wie sie die Deflation gebracht hat, nicht bei einer Diktatur gelandet sind. Übersehen wird dabei: a) daß diese Staaten vorher keine Inflation hatten, b) ihre Bürger keine schuldig gesprochenen Kriegsverlierer und -Verbrecher waren und c) auch nicht ungefragt ein neues Regierungssystem übergestülpt bekommen haben. Aufgrund der Art der Einführung der Demokratie und der ökonomischen Begleitumstände hatte die Masse der Menschen keinen Grund, für die damalige Demokratie zu kämpfen. Sie empfanden sich entehrt, enteignet, entwurzelt, also dessen beraubt, was später als die Grundrechte der Menschen definiert wurde. Es wurde und wird immer wieder übersehen, daß die Demokratie kein sich selbst heiligendes System ist, sondern nur einen Überlegenheitsanspruch gegenüber anderen Systemen geltend machen kann, wenn sie für die Menschen mehr leistet als andere Formen der Herrschaft.. Die Ausrufung der Republik 1919 durch das Vorstandsmitglied der SPD und späteren Reichskanzler Scheidemann war kein Akt der Demokratie, sondern eine Überrumpelung des Volkes.¹⁰

Vierzehnte These - Die SPD auf neuen Wegen

Nun kann man ja nicht sagen, daß die SPD nicht dazu lernt. Als Karl Schiller 1966 Bundeswirtschaftsminister wurde, hatte sich die SPD schon mit dem Keynesianismus eingelassen und hatte entsprechend hohe Erwartungen in die Übernahme dieses Amtes durch einen der ihren gesetzt. Die Mahnungen ihres Mitgliedes Karl Walker, der vom Arbeiter ohne Hochschulstudium zum Gelehrten wurde, daß der Keynesianismus sich die problematischen Aussagen von

⁹ Siehe u.a. Max Leuchtenberg (= Hans Schumann): Woran Weimar scheiterte - Schicksal oder Schuld?

¹⁰ Scheidemanns Angst, den richtigen historischen Zeitpunkt für die Einführung der Demokratie zu verpassen, war genauso ein schlechter Ratgeber wie Kohls Angst, den richtigen Zeitpunkt für die Vereinigung von DDR und BRD zu verpassen.

Keynes zu eigen gemacht hätte und daher nur Schiffbruch erleiden könne, wollte man nicht hören. Inzwischen ist die SPD - verführt durch Aufsichtsratsmandate - bei den Managern großer Unternehmen in die Schule gegangen. Jetzt glaubt sie zu wissen, wie die Ökonomie funktioniert. Nur ist es peinlich, wenn vor der erwünschten Kanzler-Erneuerungswahl die alte Zielsetzung von der Reduzierung der Arbeitslosigkeit nicht mit der Wirklichkeit in Deckung gebracht werden kann.

Meine Aussage hier ist zusammenfassend: Die ideologische Bindung an den Marxismus hat die SPD dazu gebracht, in der Zeit von Weimar das von ihr gewollte demokratische System wider Willen stürzen zu helfen. Wenn man die Aussage von Kanzler Gerhard Schröder - alle Wege, die aus der Arbeitslosigkeit führen, zu prüfen - sich in Erinnerung ruft und feststellt, er hat es nicht gemacht, sondern nur jene Wege geprüft, die viel Spielraum für staatlichen Aktionismus lassen, dann fragt man sich, was treibt ihn in die Rolle des Lügners? Ich glaube, es ist immer noch die Bindung an die Idee des Staatssozialismus, ihre ideelle (ich sage nicht mehr ideologische) Verankerung im Denken von Karl Marx und nicht im Denken von Pierre-Joseph Proudhon . Der erste wollte einen staatlichen Sozialismus und der zweite einen freiheitlichen. Mit einem anderen Vergleich könnte man es so sagen: Die SPD ist in die Rolle des konservativen Landadels geschlüpft indem sie die Gutsherren davon gejagt hat und nun sich selber als Gutsherrschaft fühlt, die glaubt bestimmen zu können, was dem Gesinde abzufordern ist und was ihm zusteht. Die SPD ist mit ihrem Gerechtigkeitsstreben bisher immer wieder gescheitert, weil ihr ein ausgeprägter Freiheitsimpuls fehlt, sie kann nicht fragen: „Was macht die Menschen von uns unabhängig?“¹¹

Fünfzehnte These - Die CDU und die Marktwirtschaft

Die CDU, die am meisten den Begriff Marktwirtschaft im Munde geführt hat, war und ist der größte Feind der Sozialen Marktwirtschaft. Die CDU (einschließlich der CSU) ist schon ziemlich früh auf Abwege gekommen. Sie könnte sich heute nur dann berechtigt auf Ludwig Erhard berufen, wenn sie ihren Weg geistig noch einmal gehen würde, um zu prüfen, wo der Ab- oder Irrweg begann. Der Bestandteil „sozial“ im Doppelbegriff „Soziale Marktwirtschaft“ ist weder von Erhard, von den ursprünglichen Neoliberalen, den Ordoliberalen noch von den Freiwirtschaftlern (die die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft gegründet hatten) als ständige Intervention die Arbeitnehmerökonomie verstanden worden, sondern eher als eine Strategie, im System der Marktwirtschaft die destruktiven Wirkungen des Kapitalismus zu überwinden.

¹¹ Da die anderen im Bundestag vertretenen Parteien mehr oder weniger ebenfalls dem Sozialdemokratismus anheim gefallen sind, gilt für sie das Urteil ebenfalls.

Die CDU hätte also ihre ursprüngliche antikapitalistische Haltung aufrecht erhalten und trotzdem die neue marktwirtschaftliche Zielsetzung verfolgen können.

Wir haben dann aber in der Bundesrepublik über Jahrzehnte eine Situation gehabt, in der auf der politisch linken Seite die Gleichsetzung der Begriffe Marktwirtschaft und Kapitalismus zur Verteidigung der marxistischen Kapitalismusanalyse betrieben wurde und auf der rechten Seite zur Durchsetzung restaurativer kapitalistischer Privilegien. Denn dadurch, daß die Leistungen der Marktwirtschaft für die Menschen ja unmittelbar sichtbar waren, wurde durch ihre Gleichsetzung mit dem Kapitalismus, letzterer unangreifbar. Dieser ganze Jahrzehnte dauernde Desinformationsprozeß hätte nicht so laufen können, wenn aus der Wirtschaftswissenschaft Widerspruch und Aufklärung gekommen wäre. Aber dort war man mit Höherem¹² beschäftigt als mit der Klärung zweier inflationär und verwirrend benutzter Begriffe. Die Folgen waren und sind für die Menschen weltweit fatal.^{13 14}

Sechzehnte These - Die Grünen, der gescheiterte Versuch, ein Dilemma zu vermeiden
Ende der siebziger Jahre reifte in der außerparlamentarischen Opposition, die anders als ein Jahrzehnt zuvor mit zum Teil anderen Zielen und Formen in den zahlreichen Bürgerinitiativen der BRD wirkte, die Einsicht, daß die vielen Bürgerinitiativen nicht soviel aufgebaut werden könne, wie in den Parlamenten durch mangelnde Einsicht, Dominanz der Interessenpolitik und Parteien-Egoismus zerstört werde. Es war ein mühsamer Prozeß von der Einsicht, daß eine Verringerung des Zerstörungspotentials¹⁵ nur durch die direkte Einwirkung auf die Politik in den Parlamenten zu ändern sei. Daß dazu die Gründung einer Partei erforderlich sei, setzte sich, trotz der berechtigten Angst, nur Teil der Parteienherrschaft, des Parteienkartells zu werden, durch.¹⁶ Damals haben wir uns mit der Formel von der Antiparteien-Partei beholfen. Ein weiterer Behelf war die Formel „Wir sind nicht links und nicht rechts. Wir sind vorne!“ Diese Formel war notwendig, um Menschen mit sehr unterschiedlichem politischen Hin-

12 Z.B. mit der Kontroverse zwischen „bürgerliche“ und „sozialistischer“ Ökonomie. Ein Hinweis auf einen Glaubenskrieg unter dem Deckmantel „Wissenschaft“.

13 Im Oktober 1972 hat die Evangelische Akademie Loccum unter dem Titel „25 Jahre Soziale Marktwirtschaft“ eine große Tagung durchgeführt. Ich habe damals zu Erhard gewandt gesagt, ich würde meine Kritik marktwirtschaftlich begründen. Seine Erwiderung sinngemäß: „Das wird auch Zeit!“ Auf meine Frage, ob er in seinem Bestreben durch Widerstand im eigenen politischen Lager behindert worden wäre, lautete Seine Antwort: „Und ob, und ob!“

14 Im zweiten Teil dieser Arbeit komme im Zusammenhang mit den Autoren Winkler und Tietmeyer auf Erhard zurück.

15 Langgediente Parlamentarier werden sich sicher gegen eine solche Sicht ihres Wirkens wehren. Sie sollten die damalige Einschätzung aber lieber zum Anlaß nehmen, wieso sie zu stande kam.

16 Die Befürchtungen wurden durch die Entwicklung bestätigt.

tergrund und Politikverständnis zu einer Einheit formieren zu können, die in der Lage war die kartellsichernde 5%-Klausel zu überspringen. Um zu vermeiden, daß die unterschiedlichen Strömungen in der neuen Partei sich in einem Streit um die Dominanz gegenseitig neutralisieren, war vorgesehen, daß neben den mehrheitsfähigen Zielaussagen, solche der Öffentlichkeit präsentiert werden sollten, die bis dahin nur von Minderheiten getragen wurden. Die Partei sollte den Wettbewerb zwischen den Strömungen um Problembeschreibungen und –lösungen nicht aufheben. Die Mitglieder - besonders diejenigen, die aus linken Gruppierungen kamen - haben sich mit dem Modell aber selbst überfordert. Es begann das Hauen und Stechen innerhalb der Partei. In mehreren Stufen hat sich dann das herausgebildet, was wir heute als die grüne SPD mit partieller FDP-Einfärbung bezeichnen können. Selbstverständlich kann die Partei trotzdem für sich in Anspruch nehmen, den ökologischen Themen mehr Gewicht in der Politik verschafft zu haben. Nur die Grünen waren entgegen häufiger Beschreibung von Anfang keine Ein-Punkt-Partei.¹⁷ Aber an der Entwicklung der grünen Partei kann man sehr genau die Destruktivität der 5%-Sperrklausel erkennen. Ohne 5%-Klausel hätten sich die verschiedenen Strömungen der außerparlamentarischen ökologischen Opposition mit ihren Vorstellungen zur Weiterentwicklung der Demokratie und der gesellschaftlichen Teilordnungen gleichberechtigt und unverfälscht dem Wähler stellen und in die Parlamente einziehen können. Die getrennt marschierenden Grünen hätten wirklich eine politische Bereicherung werden können und nicht nur ein Abklatsch überholter Formationen.¹⁸

Siebenzehnte These Die FDP, die Partei, die sich selbst überschätzt

Mit der Selbstüberschätzung ist nicht die Kanzlerkandidatur ihres Vorsitzenden Guido Westerwelle gemeint. Warum sollte eine solche Kandidatur Mitgliedern aus nur zwei Parteien vorbehalten bleiben. Wenn wir einen wirklichen politischen Wettbewerb hätten, wäre Sieg und Niederlage, Gewinn und Schrumpfung der einzelnen Parteien in geringerem Maße vorhersagbar; es würden sich keine Blöcke mit überdimensioniertem Verharrungsvermögen bilden. Mit der Selbstüberschätzung der FDP ist gemeint, daß sie sich als der legitime Erbe des Liberalis-

17 Man kann ja einmal u.a. in meinen programmatischen Beitrag von 1980 hinein schauen. Interessant ist in dem Zusammenhang auch die Dissertation von Anna Hallensleben „Von der Grünen Liste zur Grünen Partei? - Die Entwicklung der Grünen Liste Umweltschutz von ihrer Entstehung in Niedersachsen 1977 bis zur Gründung der Partei DIE GRÜNEN 1980, Göttingen 1984. Die freiwirtschaftliche Urzelle der Grünen wurde wie vorher die freiwirtschaftliche Urzelle in der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft an den Rand gedrängt und in der Beschreibung geschichtlichen Entstehungsgeschichte gestrichen.

18 Immer können wir Grüne ja sagen, daß wir Joschka Fischer zur Rolle seines Lebens verholfen haben (obwohl nicht erkennbar ist, was denn grüne oder deutsche Außenpolitik sein soll) und Otto Schily haben wir über Umwege geholfen, der Polizeiminister der Deutschen geworden zu sein (wobei nicht mehr zu erkennen ist, worin der Freiheitsimpuls seines ideellen Lehrmeisters Rudolfs Steiner sich bei ihm dokumentiert.)

mus betrachtet, aber gar nicht prüft, welche inhaltliche Verpflichtung dieses Erbe mit sich bringt, nicht einmal erkennen kann. welche Brisanz eine konsequente Liberalität enthält. Die FDP-Liberalen - die ich ja einst Parteifreunde nannte - pflegen in der Mehrheit einen gefühlsduseligen Liberalismus ohne analytische Schärfe. Nach meiner Erfahrung sind die Mitglieder in der Mehrzahl liebenswerte Menschen, die mit den Mitgliedern der anderen Kartellparteien austauschbar sind. Nur ist es egal ob die FDP nur drei oder sogar dreißig Prozent in der Wahl gewinnt, es ist egal, weil sie mit ihrer kümmerlichen politischen Geistesverfassung unsere gesellschaftliche Situation nicht verändern kann. Sie sind nur nicht unterscheidbarer Teil, im politischen Strom der politischen Lemminge.

Achtzehnte These - Die Wirtschaftswissenschaft ist keine Wissenschaft

Als nur angehauchter Ökonom bin ich hier in der Rolle des Patienten, der in und an sich die Wirkungen der Therapien des Arztes verspürt. Um weiteren möglichen Mißverständnissen vorzubeugen, sei unterstellt, daß die Wirtschaftswissenschaftler angenehme und fleißige Menschen sind. Weiterhin sei vermutet, daß das Innehaben eines Lehrstuhls, einer Assistenten- oder Forschungsstelle kein Zuckerschlecken ist. Auch wird zugestanden, daß der Forschungsgegenstand, die Ökonomie mit den vielfältigen Aspekten in unterschiedlichen Gesellschaften und Zeiträumen ziemlich unübersichtlich ist. Was ist den Ökonomen - soweit sie sich als Wissenschaftler verstehen - dann vorzuwerfen? Der mangelnde Nutzen für die Individuen, Gesellschaften, Völker, der Menschheit.¹⁹ Und was noch? Im Mai 1984 fand in der Evangelischen Akademie Loccum eine Tagung statt zu dem Thema „Die Zukunft der Ökonomie - Wirtschaftswissenschaftliche Forschungsansätze im Vergleich“. Hinter dem sachlich klingenden Begriff „Forschungsansätze“ verbirgt sich ja der Kampf um Anerkennung und Absicherung von Lehrmeinungen und Ökonomieschulen. Diesen Kampf kann man ja durchaus positiv beurteilen, solange er nicht zum Ausschluß von Erkenntnissträngen führt und so weit gesichert ist, daß in Synopsen der Inhalte verschiedener Schulen die Widersprüche und Übereinstimmungen sichtbar machen. Aber gerade dieses scheint mir nicht der Fall zu sein. Auch ist es offensichtlich so, daß es institutionell nicht abgesichert ist, daß permanent nach Blindstellen in

¹⁹ Was wäre anders auf dieser Welt, wenn es die Wirtschaftswissenschaft nicht gäbe? Nur Unternehmen würden vielleicht das Fehlen einer Betriebswirtschaftslehre bedauern. Aber wer würde die Volkswirtschaftslehre vermissen? Vielleicht jene Menschen, die jeweils eine Revolution oder einen Krieg begründen und für die jeweilige Begründung ihren eigenen Kopf anstrengen müssen. Aber wer sonst noch? Eine miserable Beurteilung für eine Wissenschaft, die den störungsfreien Austausch von Gütern und Leistungen ermöglichen soll. In den Parlamenten hätte eine Auflösung der Wirtschaftswissenschaften vermutlich die positive Wirkung, daß die Abgeordneten sich in Ökonomiedebatten nicht mehr an angelernten Lehrmeinungen festhalten könnten.

der ökonomischen Forschung und Lehre gesucht wird. In der oben erwähnten Tagung in Loccum (Eine Versammlung wohlklingender Namen²⁰.) habe ich damals gesagt, wenn die Natur- und Ingenieurwissenschaften so arbeiten würden, wie die Wirtschaftswissenschaftler, wären sie niemals auf dem Mond gelandet. Die Wirtschaftswissenschaftler wüßten nicht einmal, ob die Rakete, an der sie bauen würden, rückwärts oder vorwärts flöge und wodurch sie angetrieben würde. Hat sich die Situation geändert? Ich sehe es nicht. Die Ökonomen haben sehr viel Fleiß darauf verwendet, Lehrsätze in mathematische Formeln zu pressen. Vermutlich verleihen ihr diese Bemühungen die wissenschaftlichen Weihen. Nur, was nutzt das der Gesellschaft? Da ich als Volksschüler mich mit den Grundrechenarten behelfen muß, würde ich es - um den Vorwurf einer Kaschierung von eigener Unfähigkeit vorzubeugen - gar nicht erwähnen, wenn ich nicht neulich gelesen hätte, daß es inzwischen von Frankreich ausgehend eine ganze Bewegung gegen die Mathematisierung der Ökonomie geben soll. Die wesentlichste Frage der Ökonomie - Wie kann der Wohlstand (ein Stand in dem es den Menschen wohl geht!) gesteigert, nachhaltig verstetigt und so gestaltet werden, daß alle Menschen entsprechend ihren Fähigkeiten daran partizipieren? - muß und kann noch immer verbal beschrieben werden. Um die Detailfrage, wer welchen Boden in welchem Umfang, in welcher Art zu welchem Preis - besonders unter Gleichheitsgebot der Menschen - nutzen darf und wem der Monopolertrag - die Bodenrente - zusteht, macht die offizielle Ökonomie einen weiten Bogen oder geht nur in sehr abstrakter Form darauf ein. Warum soll sich die Ökonomie - so hat man den Eindruck - auch mit Ursachen von Kriegen und dem millionenfachen Hungertod befassen. Aus solchen Streitfragen hält man sich doch besser heraus. Das Gehalt bekommt man doch in voller Höhe, wenn man sich mit Nebensächlichkeiten und Schaumschlägerei befaßt und mit den überschüssigen Teilen des guten Salärs an der Börse spekuliert. Die Höhe der Wirtschaftswissenschaft dokumentiert neulich Alan Greenspan, Oberhaupt der US-Notenbank. Er sagt von dem Geld (Es ist nach der Sprache das wichtigste Kommunikationsmittel der Menschen, Friedensstifter oder Kriegstreiber!) man wisse eigentlich nicht was das sei.²¹ Der Zins, dieser Hund, der immer auf den größten Haufen schießt und aus dem Begriff Leistungsgesellschaft eine verlogene Ideologie macht, ist natürlich auch kein Thema für ernsthafte Ökonomen, die etwas auf sich halten. Eine Arbeitnehmerökonomie, die die Arbeitnehmer aus den Klauen der Sozialpolitiker befreit, und eine Bildungsökonomie, die der Freiheit in der Bildung ein Zuhause gibt, steht auch nicht auf dem Lehrplan. Und als ordentlicher Beamte, befaßt man sich nur mit Dingen, die in der Dienstanweisung stehen.

²⁰ Der Nobelpreisträger Johan Galtung hat damals auf mich den größten Eindruck gemacht.

²¹ Hier nachgelesen in „Humanwirtschaft“, August/September 2002

Neunzehnte These - Die Juden und Teilaspekte des Holocaust

Vorweg: Die Juden - sozusagen als genormte Größe - gibt es natürlich genausowenig wie die Christen oder die Moslems. Die Begriffe sind natürlich eine Zusammenfassung von Menschen sehr unterschiedlicher Herkunft, Art und Interessen unter einem Merkmal.-

Wer nur erlauben will, daß man sich in einem engen Korridor von Sprachregelungen dem Thema Holocaust nähert und jeden, der sich nicht daran hält, gleich mit dem Bannstrahl „Antisemit“, Faschist oder „Rechtsradikaler“ belegt, setzt sich dem Verdacht aus, er wolle etwas Zweifelhafte verteidigen. Der grauenhafte Komplex ist für den einzelnen Bürger so undurchschaubar und unübersichtlich, daß es schwer oder unmöglich für ihn ist, zu einem selbständigen, sachgerechten Urteil zu kommen. Die Tabuisierung von Zweifel an offiziellen Darstellungen und an veröffentlichten Zahlen der Opfer hat den immer noch fortbestehenden latenten Antisemitismus mehr gefördert als abgebaut. Wenn ich das richtig sehe, herrschte außerdem bei großen Teilen der Kriegs- und Nachkriegsgeneration das Gefühl, daß die Schuld der Deutschen instrumentalisiert wurde, um sie nach der Niederlage ein zweites Mal niederzuwerfen - diesmal in Form der Umerziehung. Dazu herrschte ein Klima in dem man diesbezügliche Gefühle ohne Gefahr für die berufliche Karriere oder seine soziale Stellung nicht zeigen durfte. Auch die Tatsache, daß die Überlebenden des Holocaust und deren Nachkommen durch ihre Zugehörigkeit zur Opfergruppe der Verfolgten quasi geadelt wurden, aber die Opfer und ihre Nachkommen, die der Tätergruppe zugeordnet wurden mit dem Merkmal der Unterwertigkeit versehen wurden, wurden die Vorbehalten gegenüber den Juden und anderen in der Nazi-Zeit verfolgten Minderheiten fixiert und nicht abgebaut. Subjektiv empfunden und objektiv gesehen war ein durch die Nazis nichtverfolgter Deutscher, der seine Eltern, Kinder oder Geschwister und seine Heimat, Hab und Gut durch den Krieg verloren hat, ein Opfer mit gleichen Merkmalen, wie ein Opfer dem gleiches als Verfolgter widerfahren ist. Das, was von Deutschland an Wiedergutmachung²² geleistet wurde, wurde aber von Menschen geleistet, die in der Mehrzahl selber Opfer waren und von Nachgeborenen, die überhaupt nichts mit dem Holocaust zu tun hatten.. Es war ein Fehler in Bezug auf die Gegenwarts- und Zukunftsbewältigung, obendrein stillschweigend von den Deutschen zu erwarten, daß sie mit gesenktem Haupt (nicht nur in Stunden der Einkehr) durch den Alltag gehen und sich ständig schämen sollten, Deutsche zu sein. Auch das Übersprungverhalten, sich von der Position des Antisemiten in die Rolle des Philosemiten zu retten, war und ist nicht unproblematisch, weil dadurch jegliches Verhalten

22 Staatlich organisierten Mord kann nicht wiedergutmachen.

von Juden hier und in aller Welt sakrosankt, nicht antastbar, nicht kritisierbar wurde. Dies hat nur alte Vorstellungen von der Judenherrschaft wiederbelebt. In gleicher Richtung hat die Tatsache gewirkt, daß den Juden nach dem zweiten Weltkrieg in den Massenmedien stark überrepräsentativ das Wort erteilt wurde. (Merkwürdiger Weise aber nicht für Juden, die einen Schlußstrich machen wollten unter die Schuld Diskussion und die eine Aussöhnung mit den Palästinensern wollten.) Da die Wiedergutmachung zum großen Teil an den Staat Israel und jüdische Organisationen gezahlt wurden, bestand der berechtigte Verdacht, daß man an der Aufrechterhaltung der Schuldgefühle der Deutschen interessiert war, um den Strom der deutschen Zuwendungen nicht versiegen zu lassen. Mit Blick auf die israelische Tagespolitik kann man dafür Verständnis aufbringen. Im Hinblick auf den Abbau des Antisemitismus und der Zukunftssicherung der Juden in aller Welt war und ist das eine politische Dummheit ersten Ranges. Es grenzt auch schon an Hochmut, wie manche Juden die Einmaligkeit des Holocaust verteidigen. Die Gesellschaften europäischer Prägung haben vor und nach dem von den Nationalsozialisten zu verantworteten Holocaust Gleiches oder Schlimmeres zu verantworten. Für den Zeitraum davor nenne ich nur die Stichworte Afrikaner und Indianer. Und für danach ist der –zig millionenfache Mord durch Hunger und Kriege in der ganzen Welt aufgrund der Abwesenheit einer humanen Wirtschaft zu benennen. Dieses perfide Morden geschieht durch die Schlampereien und ideologische Verblendungen in den Sozialwissenschaften und den Wirtschaftspolitiken der nördlichen Erdhälfte. Perfid ist dieses Morden, weil die Mörder zwar pauschal benannt werden können aber einzeln nicht identifizierbar sind und daher nicht angeklagt und verurteilt werden können. Aber ohne Zweifel hat dieses Morden das gleiche oder größere Ausmaß wie jenes der Nazis.

Zwanzigste –These - Die Juden und die Aufklärung

Daß Menschen jüdischen Glaubens oder jüdischer Abstammung unter den Aufklärern im Sinne der Natur- und Geisteswissenschaften in hervorragender Weise vertreten waren und sind, steht außer Zweifel.

Wie steht es aber a) mit der Aufklärung über die Juden als Sondergruppe im Vergleich mit anderen Gruppen in den verschiedenen Gesellschaften in Bezug auf alle Merkmale, mit denen ein Gruppenprofil hergestellt werden kann. Wie sieht ein Vergleich der Bürger Israels mit den Bürgern anderer Staaten aus? Ich vermute mal, daß die Ähnlichkeiten der Vergleichsgruppen viel größer sind, als es Weltverschwörungstheoretiker glauben können. Es wäre aber eine vertrauensbildende Maßnahme zu zeigen, daß der Jude ein Mensch ist wie du und ich.

Und wie steht es b) mit der eigenen Aufklärung der Juden über die Geschichte, die Ursachen und die Wirkungen des Antisemitismus in vielen Völkern und Zeiten? Ich habe wenig darüber erfahren. Dabei wäre die Aufklärung der Juden über antijüdische Einstellungen auf ihren Erfahrungshintergrund eine Überlebensstrategie. Da ein immer wieder flächenhaft auftretendes Gefühl gegen Juden nicht per Dekret oder Befehl aus der Welt zu schaffen ist und nichts in der Welt ohne Grund ist, müßten jüdische Menschen generell ein Interesse an der Aufklärung haben. Z.B. könnte es ja sein, daß sich herausstellt, daß eine kleine jüdische Minderheit meisterhaft die Möglichkeiten nutzt, die der problematische Kapitalismus bietet und so alle Juden dem Verdacht aussetzt, Verursacher kapitalistischer Drangsal zu sein. Was ich meine, will ich mit zwei Beispielen, die ich aus mündlichen Berichten entnommen habe, verdeutlichen.

1. Beispiel: Ein Prokurist in einer jüdischen Bank klärt die Gesellschafter in den zwanziger Jahren des vergangenen schrecklichen Jahrhunderts auf über die ökonomischen Erkenntnisse Gesells im Hinblick auf den Nutzen für die Gesamtgesellschaft und im Hinblick auf die Entlastungsfunktion für die Juden, die immer wieder der ökonomischen Missetaten verdächtigt werden. Die jüdischen Gesellschafter der Bank - so wurde berichtet - hätten sich bedankt, wären sehr interessiert an den Ausführungen gewesen, weil sie erkannten, daß sie dadurch besser in der Lage waren, ihre Geschäfte vor Unbill zu schützen. Sie hätten aber zu verstehen gegeben, daß ihnen darüber hinaus der Nutzen für die Gesamtgesellschaft und die Schutzfunktion für ihre Glaubensbrüder nicht interessant sei..
2. Beispiel: Der Bericht bezieht auf die Zeit, als Ignatz Bubis noch Vorsitzender des Zentralrates der Juden und Immobilienmakler in Frankfurt war. Wobei man als Hintergrund wissen muß, daß die Gründung des Staates Israel stark von der Bodenrechtsreformbewegung geprägt wurde und der Boden in Israel bis auf geringe Teile im Eigentum des Staates ist.²³ In Israel konnten und können Juden also mit dem Boden keine Spekulationsgeschäfte machen. Bubis habe nun - so lautete der Bericht, den ich nicht überprüfen kann - geholfen, daß der frankfurter Boden ein erstklassiges Spekulationsobjekt reicher Israelis geworden sei. Bei unserem problematischen Bodenrecht und seiner politischen Brisanz - besonders in den Ballungsräumen - hat, wenn der Sachverhalt richtig ist, Bubis und seine israelischen Käufer, ohne daß sie es vermutlich wollten, dem Vorurteil von dem „raffenden jüdischen Kapital“ wieder Nahrung gegeben.²⁴ Ein Mitglied einer bedrohten Gruppe oder Volkes kann sich

23 Israel ist ein gutes Beispiel dafür, daß man auch eine gute Wirtschaft ohne Privateigentum am Boden haben kann, aber ein schlechtes Beispiel für die Realisierung des Bodernrechtsreformenanliegens, weil die Nutzungsrechte für den Boden nach politischen Kriterien vergeben werden.

24 Die sachlich unsinnige Begriffsbildung von dem raffenden und schaffenden Kapital stammt meiner Erinnerung nach von dem NS-Wirtschaftstheoretiker Gottfried Feder.

nicht ohne Gefahr für die Mitglieder seiner Glaubensgemeinschaft oder seines Volkes erlauben, die Schwächen im Recht oder in dem ökonomischen Systems anderer Gruppen und Völker auszubeuten. Die Verteidigung seiner überindividuellen Interessen müßten ihm gebieten, die Lücken mangelhafter Ökonomien schließen zu helfen.

Einundzwanzigste These - Die Deutschen, die Israelis und Palästinenser

Die Gründung des Staates Israel mit der Vertreibung der Araber in der ehemaligen osmanischen Provinz²⁵ Palästina geht auf die zionistische Bewegung zurück, die wesentlich älter ist als die ehemalige nationalsozialistische. Theodor Herzl war nicht die erste, aber bekannteste Persönlichkeit des Zionismus, der für die verfolgten Juden aller Staaten im Land der Väter Schutz und Heimat schaffen wollte. In einem Stichwort zum Zionismus heißt es: „Arabische Großgrundbesitzer verkauften den jüdischen Philantropen beträchtliche Teile ihrer teilweise verwahrlosten Ländereien zu Siedlungszwecken.“ Der Zionismus war aber wie auch andere politische Strömungen in Europa nicht frei vom Nationalismus. Er hat diesen Nationalismus (und manche sagen: auch den Rassismus) auf den Staat Israel übertragen. Die Masse (der landlosen) Palästinenser ist durch den Erfolg der zionistischen Bewegung, die auch unter den Juden erbitterte Gegner und die Ausrufung des Staates Israel im Mai 1948 immer mehr in Bedrängnis gekommen. Der Erfolg der Zionisten wurde durch die Vertreibungs- und der folgenden Vernichtungspolitik im Nazi-Deutschland befördert. Wobei die Vertreibungspolitik von den Zionisten begrüßt wurde, weil diese ein Förderer ihrer Ziele war. Durch das Verbrechen gegenüber den Juden und die Art der Wiedergutmachung (Mitfinanzierung des Staates Is-

25 Anmerkung und Frage zum Osmanischen Reich / türkischen Reich:

a) Im Lexikon Encarta ist zu lesen: „Ab der Mitte des 19. Jahrhunderts nahmen die Osmanen zum ersten Mal verstärkt Kredite im Ausland auf, um die Reformen finanzieren zu können. 1875 war das Reich ausberstande, die Zinsen für seine Auslandsschulden zu bezahlen“....

„Durch wirtschaftliche, finanzielle, politische und diplomatische Probleme wurden die Tansimatsreformen jedoch schon bald untergraben. Die seit kurzem industrialisierten europäischen Staaten benötigten das Osmanische Reich als Lieferanten billiger Rohstoffe und als Absatzmarkt für ihre Fertigprodukte. Durch die Kapitulationen - Verträge, in denen die Sultane Europäern seit dem 16. Jahrhundert gestatteten, im Osmanischen Reich nach ihren eigenen Gesetzen und unter ihren eigenen Konsuln zu leben - konnten die Europäer die Osmanen daran hindern, Importe aus dem Ausland zu begrenzen und verhinderten so einen wirksamen Schutz der erst im Entstehen begriffenen Industrie. Da die Osmanen weitgehend von Kapital und technischem Wissen ausländischer Unternehmen abhingen, waren sie gezwungen in den letzten Jahren des Tansimats so hohe Anleihen bei europäischen Banken zu tätigen, dass über die Hälfte des gesamten Staatseinkommens von den Zinsen verschlungen wurde. Darüber hinaus stieg in der Bevölkerung der Unmut über die neue moderne Verwaltung.“

b) Da in den Jahren 1894 bis 1918 mehrere Millionen Armenier von den Osmanen umgebracht wurden, ergibt sich die Frage, ob der vermutete Zusammenhang zwischen der miserablen Ökonomie und der Judenvernichtung in Deutschland sich (als Teilerklärung) genauso ergibt zwischen dem sozialen Elend in Osmanien und den Massenmord an Armeniern. Waren die Armenier die „Juden“ Osmaniens?

rael) bewirkten wir Deutsche Verbrechen gegenüber den Palästinensern. Tragisch dabei ist, daß wir aufgrund unseres Schuldkomplexes in Israel immer die Hardliner gefördert haben und nicht jene noch leisen Stimmen, die eine Aussöhnung mit den Palästinensern wollten und sogar bereit waren, mit ihnen und den Jordanern eine lebensfähige Föderation zu bilden. Unser derzeitige noch von Schuldkomplexen bestimmte Eiertanz gegenüber Israel und Palästina kann uns nur in neue Schuld verstricken. Es ist an der Zeit, daß wir uns als nachhaltiger Anwalt für die Menschenrechte der Israelis und der Palästinenser auf den Weg machen. Wir verlieren unsere Glaubwürdigkeit vollends, wenn wir die Volk-ohne-Raum-Politik der Nationalsozialisten nachträglich verdammen und jene der Israelis gutheißen oder gar fördern.

Zweiundzwanzigste These - Das NPD-Verbot

Ein Verbot der Nationaldemokratischen Partei ist für unsere Republik unabhängig von den Zielen, die die NPD haben mag, schädlich. Warum?²⁶

1. Soweit ihre Methoden und Ziele strafrechtlich relevant sind, können diese aufgrund des geltenden Strafrechtes verfolgt werden.
2. Ein Verbot der NPD würde automatisch den im Bundestag vertretenen Parteien bescheinigen, daß sie im Gegensatz zur NPD die guten sind. Das wäre ein Persilschein, der den Bundestagsparteien nicht zusteht. Sie haben seit Jahrzehnten die politische Handlungsvollmacht für die Republik und sind für die Fehlentwicklungen verantwortlich. Der Ruf nach einem Verbot der NPD ist die Praktizierung der Haltet-den-Dieb-Methode auf politischem Parkett.
3. Es kann sein, daß die NPD etwas nazihafte an sich hat. Wichtiger als sich dieses für eine unbedeutende Partei bescheinigen zu lassen, wäre das nazihafte in der Struktur der etablierten Parteien zu erkennen. Ich meine den Einzug einer Parteienherrschaft in der Ebene zwischen Gesellschaft und Staat, die anders ist als bei den Nationalsozialisten aber genauso ein Fremdkörper. Diese Herrschaft wird mit einer Propaganda verteidigt, die anders und subtiler ist, als die der Nazis aber genauso effektiv.
4. Deutschland gehört allen Deutschen und nicht nur jenen, die das gerade herrschende Regierungssystem bejahen.
5. Eine Freiheit, die noch durch Verbote geschützt werden muß, besteht nur in der Idee, nicht real. Zur etablierten Freiheit gehört eben auch, daß man sie verneinen kann.

²⁶ Das gleiche gilt für Verbotskandidaten auf der politischen linken Seite.

6. Die Weimarer Republik ist nicht daran zu Grunde gegangen, daß man den Feinden der Freiheit das Wort erteilt hat, sondern das die Freunde Freiheit (wie heute) noch voller Zwangsbeglückungsphantasien steckten und ökonomische Schwachköpfe waren.
7. Eine auf Freiheit und Gerechtigkeit ausgerichtete Demokratie braucht zum Erhalt eines kämpferischen Elementes die Herausforderung ihrer Verneiner.

Im übrigen bilden die Linke, die Mitte und die Rechte eine Einheit. Die eine politische Position ist ohne die anderen nicht zu denken. Die Elementierung einer oder zweier politischer Positionen wäre eine Selbstverstümmelung. Das Schema „links-mitte-rechts“ gilt ja nicht nur zwischen den Parteien, sondern wiederholt sich ja in den Parteien und in den einzelnen Bürgern. Kein Mensch ist auf alle Lebensbereiche bezogen nur konservativ oder progressiv, liberal oder autoritär, links oder rechts orientiert. Es ist auch kein Vorteil, wenn Radikale oder Extremisten ihr Aktionsfeld in die großen Parteiblöcke verlegen müssen, weil dadurch diese politischen Tanker dann noch unbeweglicher, noch unglaubwürdiger werden, als sie es schon jetzt sind.

Dreißundzwanzigste These - Der Verfassungsbruch der Verfassungsorgane

Der Verfassungsbruch der Verfassungsorgane im Zusammenhang mit der Vereinigung der deutschen Republiken, der durch einen juristischen Trick kaschiert wird, muß endlich auf den Tisch und geheilt werden. Diese Heilung ist nicht nur erforderlich, um die Glaubwürdigkeit der Demokraten wieder herzustellen, sondern weil der Heilungsprozeß eine Selbstfindung und eine Zukunftsorientierung der Deutschen bewirken kann.

Der Verfassungsbruch und die Entmündigung der Deutschen als Demokraten besteht darin, daß die Vereinigung der Republiken über den Artikel 23 GG - der für diesen Fall nicht vorgesehen war - bewerkstelligt wurde und nicht über den Artikel 146, der da in ursprünglicher Fassung vom 23. Mai 1949 lautet:

„Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“

Man kann aus dem Verfahren schließen: a) Die Parteidemokraten halten das deutsche Volk für zu dumm, um sich selber eine Verfassung zu geben. b) Die Mitglieder der Verfassungsorgane halten sich selbst für das Volk. c) Die Parteien hatten Angst, daß sie in einer offenen Verfassungsdiskussion erschlichene Privilegien verlieren könnten. d) Das Volk sollte nicht

veranlaßt werden, sich mit dem Grundgesetz auseinander zu setzen, weil es sonst vielleicht gemerkt hätte, daß das GG nicht einmal halb so gut ist, wie immer gesagt wird. e) Man sieht die Wiedervereinigung noch nicht als abgeschlossen an. (Die letzte Schlußfolgerung sollte aber die deutschen Nachbarn hellhörig machen.)

Es könnte natürlich passieren, daß eine in Repräsentation auf breiter Basis erarbeitete und mit einer allgemeinen Direktabstimmung beschlossene Verfassung inhaltlich hinter dem Grundgesetz zurück bliebe. Wir hätten dann aber immer noch das erste Mal eine vom Volk beschlossene Verfassung. Wir könnten uns berechtigt Demokraten nennen. Zu bedenken ist, daß das Grundgesetz unter Aufsicht der Siegermächte von Bürgerinnen und Bürgern formuliert wurde, die für das Scheitern der Weimarer Republik eine Mitverantwortung trugen, ohne daß das Volk direkt oder repräsentativ mitreden konnte.

Vierundzwanzigste These - Europa ebenfalls auf demokratischem Abweg

Es war der Presse zu entnehmen, daß ein europäischer Konvent einberufen wurde, der eine Verfassung für Europa entwerfen soll. Berufen wurden nun - wieder gegen die Demokratieidee verstoßend - Leute, die den bundesrepublikanischen Demokratiemangel verwaltet und tradiert und Europa auf den Weg in den Super-Bürokratismus geschickt haben. Da die Formulierung der Verfassung schon die halbe Verfassung ist, ist es ein weiteres politisches Trauerspiel, aufgeführt von Scheindemokraten. Aber es ist zu hoffen, daß man inzwischen so ehrlich sein kann, in die künftige europäische Verfassung um einen Artikel aufzunehmen, in dem steht, daß das Volk zu dumm ist, diese Verfassung zu verstehen und folglich nicht darüber abstimmen kann.

Fünfundzwanzigste These - Anmerkungen zur Verfassungsfindung²⁷

Wenn ich mich richtig erinnere, wurde die Verfassung für die Weimarer Republik von einer Person formuliert. Anschließend wurden dann Änderungen vom Reichstag vorgenommen und danach der Beschluß zur Einsetzung der Verfassung gefaßt. Dieses Verfahren wäre auch durch eine speziell dafür gewählte Verfassungsversammlung für eine heutige neue Verfassung denk-

²⁷ Ich selber habe mich u.a. in folgenden Schriftsätzen mit dem Thema befaßt: „Darauf kommt es an! Gedanken eines Bürgers aus der Mängel-Demokratie BRD für die Bürgerinnen und Bürger der Entwicklungsdemokratie DDR - gegen die strukturelle Ausbeutung und Unterdrückung für eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“, Dezember 1989; „Die Verfassungspiraten“, November 1991 // „VERFASSUNGSBESCHWERDE über die Entmündigung bei der Formulierung und Verabschiedung der fälligen neuen Verfassung und Antrag auf einstweilige Anordnung der Unterlassung der Ratifizierung der Maastrichter Verträge zur Europäischen Währungsunion durch den Deutschen Bundestag“, Oktober 1992 // „Gebt die Rolle der Verfassungspiraten auf!“, Mai/April 1993. Da diese Arbeiten nicht öffentlich zugänglich sind, werde ich mich bemühen, die Texte ins Internet zu stellen.

bar. Das Volk würde aber wieder außen vorgelassen und in eine passive Rolle gedrängt. Die Gestaltungsvielfalt einer Verfassung würde unnötig früh eingeeignet. Ein anderes Verfahren wäre denk- und machbar. Ein Jahr lang befassen sich alle, die dazu eine Neigung haben - alleine oder in Gruppen - mit den Verfassungen dieser Welt und den verschiedenen theoretischen Grundlagen der Verfassungen. Am Ende dieser Phase der Grundlagenerarbeitung können beliebig viele Verfassungsentwürfe nach einer einheitlichen Gliederung bei einer zentralen Stelle eingereicht werden. Dann werden die Entwürfe im Internet veröffentlicht. Danach kann sich jede(r) die bzw. der sich berufen fühlt mit dem Hinweis für welchen Entwurf er sich einsetzen will für eine verfassungsvorbereitende Versammlung zur Wahl (durch alle Wähler) stellen. Diese vorbereitende Versammlung formuliert und beschließt mit einer qualifizierten Mehrheit dann nach Kenntnisnahme der bereits eingereichten Entwürfe einen eigenen Entwurf. Dieser Entwurf wird dann mit zwei weiteren Entwürfen die die nächst größere Zustimmung der Versammlung erhalten hat, nach einer öffentlichen Diskussionsphase dem Volk zur Auswahl und Abstimmung vorgelegt. Man kann dann z.B. in zwei Wahlgängen die Form mit der meisten Zustimmung ermitteln. Man kann auch vorsehen, daß einzelnen Artikel die Zustimmung verweigert wird und bei einer Ablehnungsquote von x% erneut beraten und zur Abstimmung gestellt werden müssen.

Sechszwanzigste These - Anmerkungen zur Gestaltung der Verfassung

Wie für alle sozialen, ökonomischen und rechtlichen Verhältnisse gilt: Wir haben die Freiheit (wenn diese durch Macht gestützt ist), unsere Verhältnisse beliebig zu gestalten. Da die Gestaltungsformen aber in der Regel schon die Ergebnisse vorherbestimmen, haben wir nicht die Freiheit, uns die Ergebnisse nach unseren Wünschen auszusuchen.

- Wir können z.B. in einer zentralistisch geprägten Gesellschaft keine kulturelle Vielfalt installieren.
- Wir können die Freiheit nicht mit einem Zuteilungssystem kombinieren.
- Wir können kein ausgeprägtes staatliches soziales Sicherungssystem haben bei offenen Grenzen, weil dies die Hungerleider - so weit sie den Schlepper noch finanzieren können - aus aller Welt anlockt wie das Licht die Motten.²⁸
- Ein Bildungswesen, in dem der Staat Normgeber, Akteur und Kontrolleur in einem ist, kann

²⁸ Ich las in den letzten Tagen einen Bericht, daß Norwegen sich mit einer Abwehrstrategie gegen die illegalen Einwanderer aus Rußland wehrt, denen von den Schleppern vorgerechnet wird, welche öffentlichen Zuwendungen sie aus dem norwegischen Sozialsystem sie erwarten können. Mit dem Begriff Motten soll die Wirkung beschrieben werden und keine Abwertung von Menschen erfolgen, die nach etwas mehr Wohlstand streben.

nicht frei sein.

- Parlamente der Betroffenen - wie sie in der Anfangszeit der Grünen gefordert wurden - können nur im privatrechtlichen Rahmen realisiert werden, weil öffentliches Recht für alle gelten muß, privates Recht aber nur innerhalb eines Vereines, einer Gesellschaft gilt.
- Eine wirkliche föderative Struktur setzt klare Grenzen der Kompetenzen der horizontalen und vertikalen Glieder und ihre jeweilige Finanzautonomie voraus. In der Verfassung muß dann nicht stehen: „Bundesrecht bricht Landesrecht!“, sondern „Bundesrecht hört dort auf, wo das Landesrecht beginnt!“
- Es gilt die Interdependenz - die gegenseitige Abhängigkeit - der Teilordnungen zu beachten.²⁹

Zu einem anderen Problemkreis - der beim Überdenken der alten und Gestalten einer neuen Verfassung zu beachten ist - gehören die Gewaltenteilung, die Selektion der repräsentativen Vertreter von demokratischen Einheiten, das Verhältnis zwischen repräsentativer und direkter Demokratie und der politische Wettbewerb.³⁰

- Wir müssen dazu kommen, daß die Regierung und der Bundespräsident direkt von allen Wählern nach dem reinen Mehrheitsprinzip gewählt wird.
- Die Parlamente müssen - damit sie mehr als eine Legitimationsmaschine für die Regierung mit einem zahlosen Hund als Opposition und eine wirkliche Repräsentation der politischen Vielfalt werden - nach einem reinen Verhältniswahlrecht gewählt werden. Minderheiten und Einzelpersonen müssen dadurch eine Chance erhalten, daß sie landes- oder bundesweit ihre Stimmen sammeln können.
- Parteien braucht man nicht zu verbieten - es kann so viele geben, wie es Bewerber für die Parlamente gibt -, nur eine staatliche Subventionierung muß aber ausgeschlossen werden.
- Die Fraktionsbildung in den Parlamenten muß zum Ausschluß aus dem Parlament führen. Die fachliche Gliederung der Parlamente kann natürlich erhalten bleiben.
- Es kann auch nicht so bleiben, daß die Parlamente ihre Geschäftsgrundlage, die Bundes- und Landes-Verfassungen selber ändern können. Verfassungsänderungen müssen - wie die Verfassungsgebung selbst - ein Element der direkten Demokratie werden.
- Es muß klar beschrieben werden, wo die repräsentative und die direkte Demokratie mitein-

²⁹ Es gibt hohe Reibungsverluste, wenn z.B. die Wirtschaft dezentral und die Kultur zentralistisch gestaltet wird.

³⁰ Freiheit kann es nicht ohne Wettbewerb geben. Die 5%-Klausel in den Wahlgesetzen ist wie die Reduzierung der Anbieter im Gasmarkt durch Fusion eine Einschränkung des Wettbewerbes und damit ein Angriff auf die Freiheit, wie ihn politische Extremgruppen gar nicht zu stande bringen können.

ander konkurrieren können und wo sie sich gegenseitig ausschließen.

- Für die Wahl der Mitglieder der Judikative, der Rechtsprechung, könnte ein Stufenwahlsystem in Anlehnung an der Nachbarschaftsidee von Artur Mahraun gewählt werden. Das Verfassungsgericht sollte aber wenigstens zur Hälfte mit Nichtjuristen aus anderen Berufsfeldern besetzt werden. Die Verfassung ist nämlich mehr als eine Juristenangelegenheit.

Ein weiterer Problemkreis: Beliebige auslegbare Normen, Ewigkeitsklauseln und Nonsensartikel: .

- Es sollten Ewigkeitsklauseln vermieden werden. Die Verfassung gilt sowieso nur so lange auch in ihren Teilen - die man gerne für immer festnageln möchte - wie sie sich in der politischen Wirklichkeit spiegelt. Verfassungsnormen können sich nicht selbst schützen, sondern nur die Erfahrung, das sie gut sind.³¹ Sinnvoll wäre es die Gültigkeitsdauer der Verfassung auf 25 Jahre zu beschränken, um sie dann einer Erneuerungs- bzw. Verlängerungsabstimmung der dann politisch handelnden Generationen zu unterwerfen.
- Nonsensartikel wie „Alle deutschen Kauffahrteischiffe bilden eine einheitliche Handelsflotte.“ sollten vermieden werden, wenn daraus keine Rechte oder Pflichten abgeleitet werden können.
- Beliebige auslegbare Begriffe wie Menschenwürde sollten mit einem Korb³² von Merkmalen klarer gefaßt werden.
- Auch kommen wir nicht umhin, den Eigentumsbegriff klarer zu fassen, zu klären welche Güter die (Privat-)Eigentumsfähigkeit haben und welche nicht. Auch muß geklärt werden, ob die Eigentumsgarantie auch den Ertrag aus dem Eigentum mit erfaßt³³ und ab welcher Höhe Steuern die Eigentumsgarantie aufheben. Weiter ist hier in diesem Themenbereich der Nutzen und Schaden des Patentrechtes zu klären.
- Durch die aktuelle Flutkatastrophe taucht auch wieder - wie im Vereinigungsprozeß der Deutschländer, wie in der heutigen Art der Wirtschaftspolitik und auch wie beim Schuldenerlaß gegenüber Rußland - die Frage auf, wie weit soll und darf der Staat - egal auf welcher Ebene - via Steuern Eigentum der Bürger auf andere übertragen?

31 Die Vorstellung, eine Verfassung könnte durch einen Geheimdienst, wie den Verfassungsschutz geschützt werden ist hirnrissig. Die Tätigkeit in Geheimdiensten demokratischer Staaten erfordert Eigenschaften und Einstellungen wie sie bei den Geheimdiensten und –Polizeien in totalitären Staaten erforderlich sind und , die dadurch ständig der Moral und Funktion einer Verfassung entgegen wirken. Ein Staat der die Geheimdiensttätigkeit für sich bezahlt und straffrei läßt, aber solchen für andere Staaten unter Strafe stellt, sabotiert die Idee der Rechtsstaatlichkeit.

32 In Anlehnung an den Warenkorb für den Preisindex zur Messung der Preisniveaustabilität.

33 Der verunglückte Prof. Dieter Suhr hat das für das Grundgesetz verneint.

Bei allem rechtlichen Gestalten unserer gesellschaftlichen Verhältnisse bewegen wir uns zwischen zwei Markierungsposten, die ich mit zwei Zitaten beschreiben will. Der erste Markierungsposten steht für Kontinuität des Rechtes und der zweite steht für die Grenze, wo die Rechte der Nachgeborenen, über die wir nicht verfügen können, beginnen.

a) Nicolaus Oresme Bischof von Lisieux (1325 - 1382) schreibt in seinem Traktat über Geldabwertungen:

„Vor allem wisse man: ohne offenkundige Notwendigkeit sollen frühere Gesetze, Statuten, Anordnungen, Gewohnheiten aller Art, welche die Gemeinschaft betreffen, nicht abgeändert werden. So lehrt Aristoteles im zweiten Buch der Politik. Ein positives altes Gesetz ist nicht zugunsten eines neuen und vielleicht besseren abzuschaffen, außer es liege ein großer Unterschied in ihrer Güte vor. Denn solche Änderungen erschüttern Autorität und Ehrfurcht vor den Gesetzen in hohem Maße, falls sie häufig vorkommen. Ärger und Murren im Volk und Gefahr der Auflehnung sind Folgen. Um wieviel mehr erst, wenn diese Wandlung zum Schlechten hin geschieht! Dann wäre sie völlig untragbar und ungerecht.“

b) Das folgenden Zitate stammt aus: Ezra Pound: *Usura - Cantos XLV und LI*, Hrsg.: Eva Hesse, Zürich 1985.³⁴

„Vers 49: Ein anschauliches Bild der Verdinglichung aller menschlichen Beziehungen, durch die jedwede Festlichkeit an der Wurzel zerstört wird. So wie die »tote Arbeit« die sich im Kapital verkörpert, die lebendige Arbeit unterdrückt, so lasten Eigentum und Gesetze der Toten auf den Lebenden. Für dieses Eigentum gebraucht Pound gern den juristischen Begriff »mortmain« (die »tote Hand«, das Eigentum keines Menschen, sondern eine Körperschaft, meist der Kirche). Wiederholt zitiert er Thomas Jefferson (1743-1826), den Verfasser der Unabhängigkeitserklärung und dritten Präsidenten der Vereinigten Staaten. Jefferson schreibt über das Staatsschuldensystem: »Die Kapitalisierung der Staatsschuld betrachte ich als von Rechts wegen auf die Tilgung innerhalb der Lebensspanne der Generation, die sie einging, befristet; da jede Generation nach dem Gesetz des Schöpfers diese Welt in den freien Besitz der Erde, die zu ihrem Unterhalt geschaffen, geboren wird, unbelastet von ihren Vorgängern, die gleich ihnen nur Pächter auf Lebenszeit waren.

³⁴ Mir geht es hier um das Zitat im Zitat. Ich bringe aber das gesamte Zitat, um den Zusammenhang zu verdeutlichen, wie ich darauf gestoßen bin.

(Brief an John Taylor, 28. Mai 1816) Andernorts schreibe er zur politischen Macht der Toten über die Lebenden: »Dennoch schärfen uns unsere Juristen und Doktoren diese Doktrin ein und unterstellen, daß die vorhergegangenen Geschlechterfolgen den Erdkreis mit größerer Freiheit besaßen als wir; daß sie ein Recht hatten, uns Gesetze aufzuerlegen, die wir nicht ändern dürfen, und daß wir in gleicher Weise den kommenden Generationen Gesetze und Belastungen aufherrschen dürfen, die diese nicht sollen ändern dürfen; kurzum, daß die Erde den Toten gehört, nicht den Lebenden.« (Brief an William Wirt, 30. Mai 1811 in: *The Writings of Thomas Jefferson*, Washington D. C., 1903)“

Schlußbemerkung zum Teil 1

Politisches Denken und Handeln ist immer mit Risiko des Irrrens verbunden. Es gibt Menschen, die meinen, es sei das Klügste, sich an die Realpolitik zu halten. Soweit mit Realpolitik gemeint ist, daß man die realen Fakten nicht aus dem Auge verlieren soll, ist das eine akzeptable Einstellung. Wenn aber mit Realpolitik gemeint ist, sich an den Tagesbedürfnissen entlang zu hangeln, dann kann davor nur gewarnt werden, weil diese Art der Politik keine Orientierung ermöglicht. Eine orientierungslose Politik endet aber früher oder später in eine Katastrophe. Umgekehrt: Eine Politik, die sich an Ideen orientiert, die nicht im Realen verankert sind, also an Utopien im ursprünglichen Sinne - im Nirgendwo - oder sich gar in Ideologien (im Sinne von Verteidigung von Klassen- oder Gruppeninteressen) verliert, kann - wie wir wissen - ebenfalls tödlich sein. In diesem Fall aufgrund einer fehlerhaften, fehlleitenden Orientierung. Es bietet sich kein anderer vernünftiger Weg an, als jenen der Interaktion zwischen Erfahrung und Idee zu gehen.